

Volkswacht

für Schlesien · Breslau für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738, Postfachkonto: Breslau 3852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 - Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Dienstag, den 7. Juni 1932

Nr. 131

Der Kampf gegen die Reaktion beginnt

Riesen-Funktionärversammlung der Partei in Berlin — Erste Abrechnung mit der Regierung Papen Die Arbeitslosen, Kranken und Invaliden will man entrechtet — Was die Nazis in Preußen plant Regierung bittet die Franzosen um Erlaubnis, das Kommando der Schupo übernehmen zu dürfen

Die Berliner Sozialdemokratie hielt am Montagabend im Saalbau Friedrichshain eine Funktionärerversammlung ab, die einen wichtigen und glänzenden Verlauf nahm. Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolf Breitscheid und Landtagsabgeordneter Ernst Heilmann sprachen über „Die augenblickliche politische Situation und die Aufgabe der Arbeiterklasse“. Seit den Revolutionsjahren war noch keine Funktionärerversammlung so überfüllt, wie die von gestern Abend. Ein Zeichen, daß die Berliner Arbeiterbewegung die Bedeutung des bevorstehenden Wahlkampfes erkannt und reiflos mobil gemacht hat. Der Riesensaal war brechend voll. Auch die Emporen waren überfüllt, und bis weit über die Balkone hinaus schaute sich die Menge. Kampfsgeist und Zübersicht charakterisierten die Versammlung.

Mit dem Parlament, so führte Breitscheid im wesentlichen aus, ist eine unwürdige Komödie gespielt worden. Nur der äußerliche parlamentarische und verfassungsmäßige Schein ist bei der Betrauung des Herrn v. Papen gewahrt worden. Die Schuld daran trifft nicht den Reichspräsidenten, sondern die unverantwortlichen Ratgeber hinter ihm, die Männer hinter den Kulissen, die seit Wochen die neue Regierung vorbereiteten. Die Quertreibereien gehen aus vom Großgrundbesitz, der immer höhere Zuschüsse aus der Osthilfe erzielen wollte, von den Junkern, die durch Geldentwertung ihre Schulden loswerden wollten, und den Industriellen, die alle Lasten der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse zu legen planten. Wenn mit dem Parlament eine Komödie gespielt wurde, dann rührt das auch daher, daß weite Teile des deutschen Volkes wenig Interesse für den Inhalt der Verfassung haben und das Gut der Demokratie zu gering schätzen. (Zustimmung.) Hinzu kommt, daß im September 1930 große Parteien ins Parlament kamen, die die Demokratie verneinen. Ein Parlament hat nur Macht, wenn es sich selbst befehlt. Brüning hatte im Parlament zu geringen Rückhalt, und deshalb stützte er sich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten. Als er dies verlor, mußte er fallen. Heute ist mehr denn je das Wort Lassalle wahr, daß Verfassungen kein Stück Papier, sondern Ausdruck der Machtverhältnisse sind. Wenn Lassalle auch die Kanonen des Königs ein Stück Verfassung nannte, so müssen wir heute sagen, auch die Reichsmehrheit ist ein Stück Verfassung, und zwar ein sehr mächtiges. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Wiege des Kabinetts stand im feudalen Herrenklub. Rennen wir auch die Absicht des Kabinetts noch nicht im wesentlichen, so ist doch schon seine Zusammenfügung eine Herausforderung der Arbeiterklasse. Herausgefordert wird nicht nur das Volk und die Arbeiterklasse, sondern auch das Ausland. Washington und Moskau, die Pole der Außenpolitik, empfangen das Kabinett v. Papen mit größten Sorgen und Bedenken. Das Ausland weiß über die Vergangenheit des Herrn v. Papen nur zu gut Bescheid. Ist dieses Kabinett geeignet, das für die Wiederherstellung so notwendige Vertrauen zu gewinnen? Nichts wäre wichtiger als das; denn nur auf der Basis dieses Vertrauens ist der Wiederanbau möglich. Die bisherigen Taten der Regierung schaffen kein Vertrauen.

Die neue Reichsregierung hat den Reichstag aufgelöst, weil sie nicht den Mut hatte, vor das Parlament zu treten. Neuwahlen mit ihrer aufregenden Wahlkampagne, die begleitet sein werden von den Ausschreitungen der SA-Formationen, sind nur geeignet, den deutschen Kredit zu erschüttern.

Der erste Schritt dieser Regierung war ein Stoß gegen die Wirtschaft.

(Zuruf: Das nennt sich national!) Mit dem Wort „national“ ist man leicht bei der Hand, wenn man etwas verbeden will. Man spekuliert auf das Zentrum. Man hat sich aber getäuscht; denn das Zentrum steht in dem Sturz Brünings einen Verstoß gegen Treu und Glauben. Als die Regierung ihre Irrtümer sah, löste sie auf. Nach sehr langen Überlegungen hat sie jetzt den Termin der Neuwahlen auf den 31. Juli festgelegt. Nun,

wir Sozialdemokraten waren und sind zu jedem Zeitpunkt bereit

(Sturm, Beifall). Von uns aus kann in 14 Tagen gewählt werden (Erneute Zustimmung.) Aber auch der späte Zeitpunkt ist uns recht. Die Regierung wird früher mancherlei tun, was wir verwerfen können.

Der Kampf der Reichsregierung richtete sich gegen die Notverordnungspolitik und sie beginnt mit einer neuen Notverordnung.

Wir werden sie daran sehr häufig erinnern. Wir wissen noch mehr von dieser Regierung. Sie ist antisozial bis auf die Knochen. Schon vor längerer Zeit hat Herr von Papen seine Ablehnung aller Tarifverträge und seinen uneingeschränkten kapitalistischen Standpunkt dargestellt. Die Regierung spricht vom „Wohlfahrtsstaat“. Meint sie den Wohlfahrtsstaat, der Millionen und Abermillionen der Industrie zugestuft hat, der Millionen und Abermillionen dem Großgrundbesitz gab, der Millionen und Abermillionen für die Fürstenabfindungen hatte? Nein,

nur die Arbeitslosen, die Kranken, die Invaliden will man entrechtet.

Man sagt, daß man mit der ganzen Welt Frieden haben wolle.

Das ist sehr schön. Aber wie will es die Regierung von Papen? Wir wissen es aus dem Herrenklub: Man will eine Verständigung mit Frankreich und Polen gegen Sowjet-Rußland. Man scheint aber nicht zu wissen, daß es keinen Arbeiter gibt, der, wie er auch zu Sowjet-Rußland steht, einem solchen antirussischen Abenteuer seine Zustimmung geben würde. (Minutenlanges Beifallstochen.)

Kein Wort sagt man in dem Aufseufz von den 6 Millionen Arbeitslosen

Kein Wort zur Sanierung der bankrotten Gemeinden. Auch unter den Nachlästern Hitlers gibt es Arbeitslose. Trotzdem hat man für sie nichts übrig. Wie steht Hitler zur Regierung v. Papen? Ich bin überzeugt, daß Herr v. Papen nicht ohne Hitler gehandelt hat. Es bekennt ein Einverständnis über den Wahltermin hinaus. Der große Kampf beginnt nach den Wahlen, wenn die Regierung sich hart genug fühlt, das Parlament zu vertagen.

Sozialisten haben für Hitler gekämpft, damit eine Herrschaft Papens regiere.

Das müßte genügen, um Klarheit zu schaffen. Wir gehen in den Kampf im Gefühl unserer Kraft und Bereit, Freiheit und Leben in die Schanze zu schlagen. Unser der Sieg trotz alledem. (Langer stürmischer Beifall.)

Heilmann, der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion teilte zu Beginn seiner Ausführungen mit, daß Herr v. Papen nach, Herr v. Papen, der neue Reichskanzler, Nationalsozialisten und Zentrumslente bereits eingeladen habe, um gemeinsam mit ihnen die Regierungsbildung in Preußen zu besprechen. Nun, so betonte Heilmann, wenn sich Nazis und Zentrum vorher nicht fanden — mit Herrn v. Papen werden sie bestimmt nicht einig werden. Wer ist denn eigentlich dieser Herr von Papen? Eine Ewigjude aus einer preussischen Vergangenheit.

Wahltermin der 31. Juli

Endlich ein Entschluß der Reichsregierung — Politische Schiebung mit allen Mittelparteien Weitere Reichstagsauflösung geplant?

Der Reichspräsident hat am Montag durch Verordnung den Termin für die Neuwahlen des Reichstags auf Sonntag, den 31. Juli festgesetzt.

Wenn die Reichsregierung entgegen ihren anfänglichen Absichten den spätesten zulässigen Termin für die Neuwahlen gewählt hat, so hat das seine bestimmten Gründe. Die Herren sind sich ihrer Sache, eine sichere Mehrheit ohne Zentrum zu schaffen, so wenig sicher, daß sie neuerdings auch die Spaltgruppen der Mitte, wie das Landvolk, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei in ihre Rechnung einschalten. Ihnen soll durch die Hinausschiebung der Wahl bis zum 31. Juli die Möglichkeit gegeben werden, sich nach einer zu erstehenden Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen agitatorisch noch genügend auswirken zu können. Als Preis für dieses Zugeständnis haben sie sich für den Fall, daß sie im neuen Reichstag Mandate erlangen, von

vornherein an die Regierung der Hitler-Barone verkaufen müssen!

Aber was wird, wenn die Rechnung der Nazi-Barone sich als falsch erweist und sie in der Minderheit bleiben? In diesem Falle — so bemerkt die schwerindustrielle Berliner „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am Montag — wird überlegt werden müssen, ob eine neue Auflösung des Parlaments herbeigeführt wird. In der Tat spielen die gegenwärtigen Machthaber mit einem derartigen Gedanken. Nach der Reichsverfassung kann das Parlament nur einmal aus dem gleichen Grunde aufgelöst werden. Man hat deshalb, um gegen ein Mißtrauensvotum des neuen Reichstags von vornherein gewappnet zu sein, den verlassenen Reichstag mit der Begründung auflösen lassen, daß er dem Volkswillen nicht mehr entspricht. Damit haben sich die Nazi-Barone für den Fall, daß ihnen das Mißtrauen in dem neuen Parlament ausgesprochen wird, die Hintertür für eine nochmalige Auflösung offengehalten. Ob der Reichspräsident dieses Spiel mitmachen wird?



Die Eisene Front ist kampfbereit!

Darüber spricht

Erich Kulmer u. L.

einer der bestgeheften Leute Preutens,
Neute am 7. Juni 1932, 20 Uhr, im
Einlaß 16 1/2 Uhr. Von 19 bis 20 Uhr: Konzert

Zirkus Busch

Einheit 35 Pf.
reservierte Plätze 1 Mk. u. 2 Mk.
Karten im Verkehrsbüro Bayasch und
an den sonstigen Verkaufsstellen

Mitglieder, Rentner u. Erwerbs-
lose gegen Ausweis 20 Pf.

Karten in der Volkswachsbuchhand-
lung, Büfett des Gewerkschaftshauses,
Arbeiterbibliothek u. Organisations

Erwerbslosenkarten für 10 Pf.
nur bei den Organisations

Vor zwei Jahren bemühte sich der Herr von Papen beim Ministerpräsidenten Braun sehr nachdrücklich um die Stelle des preussischen Gesandten in München.

Das wäre allerdings die geeignete diplomatische Mislanastätte für ihn gewesen (Zustimmende Beizeitung). Seine Ernennung ist nicht an dem Widerstand der Sozialdemokratischen Partei gescheitert, seine eigene Partei hielt nichts davon.

Die Haltung der Nazis bei den Vorbesprechungen zur Umbildung der preussischen Staatsregierung konnten einen Hund jammern. Ein solcher Grad von Gedankenarmut ist im politischen Leben Preußens noch nicht dagewesen.

Was die Nazis als ihr Programm herausstellten, waren in der Hauptsache drei Dinge: die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht, strengste Bekämpfung der Inflation (in Preußen vertriebt sich) und die Einführung einer neuen Währung auf der Grundlage der Federischen Geldtheorien.

Die bekanntlich eine Veränderung des Geldwirtschaftssystems ohne Inflation bedeutet. Daß diese Forderungen unerfüllbar waren, wußten die Nazis selbst, und so waren sie froh, daß die Reichstagsauflösung kam und sie der Mühe und Blamage überhoben waren, jetzt schon die Preußen-Regierung zu übernehmen.

Wie sieht es denn in Preußen aus? Der Etat ist durch den Verlauf der Siedlungsbaute an das Reich für 100 Millionen in Ordnung gebracht worden. Morgen sollen die Verhandlungen wegen der Übernahme stattfinden. Wir wären nicht überrascht, wenn diese Verhandlungen scheiterten und wenn die erste Handlung der neuen Reichsregierung darin bestünde, daß sie Preußen diese 100 Millionen Staatsschuld bliebe.

Dadurch könnten so schon der Preußenregierung Schwierigkeiten bereitet werden. Aber die jetzt noch amtierende Regierung Braun-Severing wird auch dann wissen, wo sie das zur Balancierung des Staats notwendige Geld herbeikommt.

Wenn die Reichsregierung Preußen verstoßen lassen würde, dann, erklärt Heilmann unter dem stürmischen Beifall der Versammlung, bleibt uns immer noch die preussische Polizei, die gegen den Terror während des Wahlkampfes mit den allerentschiedensten Mitteln auftrat. Die erste Frage, über die die neuen Männer Verhandlungen mit Frankreich angeknüpft haben, bezieht sich auf die Erlaubnis für den Reichswehrminister v. Scheider, die Polizeigewalt auch über die preussische Schappolizei übernehmen zu dürfen. (Lebhafte Hört, Hört!)

Wie sieht es auf der anderen Seite unserer Gegner, bei den Kommunisten, aus? Die „Rote Fahne“ hatte in einer ellenlangen Verlautbarung des Zentralkomitees anerkannt, daß die Faschisten in Deutschland drauf und dran sind, die Macht zu übernehmen. Die Kriegsgesetze gegen Sowjetrußland sei aufs höchste gestiegen.

Das ist unzweifelhaft eine glänzende Rechtfertigung für die Lokalisierungspolitik der Sozialdemokratie.

Wir werden einen kräftigen Kampf gegen die Reaktionen führen. Wir werden dabei unsere alten sozialistischen Ziele herausstellen, und wir werden uns klar sein, daß es am 31. Juli bei der Wahl um die Unterdrückung der notleidenden Volksgenossen geht, daß es darum geht, ob viele Volksgenossen dem Verhängnis preisgegeben werden sollen, daß es um die Erhaltung des Wahlrechts, um die Freiheit schließlich geht.

Dafür werden wir das Volk aufrufen, und dafür werden wir selbst die Anhänger der Kommunisten zu begeistern wissen. (Langanhaltender Beifall.)

Der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Friedrich Adler, Wien, erklärte: Ich bin gekommen, nicht um euch Lehren zu geben, sondern um von euch zu lernen. Ich will die Stimmung kennen lernen, die bei euch in der neuen Phase der politischen Entwicklung vorhanden ist. Der Rücktritt der Regierung Brüning wurde mir in Paris bekannt, und ich konnte dort die ersten Reaktionen beobachten. Ich konnte auch feststellen, welchen Eindruck die Ernennung Herrn von Papens zum Kanzler in Genf machte. Beide Male herrschte maßlose Verwunderung, der ein bekannter französischer Politiker in den Worten Ausdruck gab:

Die deutschen Nationalisten wissen immer das zu tun, was für das deutsche Volk das dümmste und gefährlichste ist. Wenn Deutschland für die Verhandlungen in Lausanne noch geringe Hoffnung gegen konnte, dann sind sie jetzt vernichtet.

Alle Welt blickt jetzt auf Deutschland. Hier entscheidet sich nicht nur das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse, sondern der Arbeiterklasse der Welt. Wir haben die Pflicht, jetzt alle Kräfte zusammenzufassen. Von der Stärke der deutschen Arbeiterklasse hängt ein guter Teil des Erfolgs der Arbeiterklasse der Welt ab. Stürmischer Beifall dankte Adler für seine Ausführungen. Obwohl sich eine ganze Anzahl Funktionäre zur Aussparung gemeldet hatten, wurde ein Antrag, die Versammlung ohne Diskussion zu schließen, gegen wenige Stimmen angenommen.

Ebenso fand der Vorschlag des erweiterten Vorstandes, die Kandidatenliste für die letzte Reichstagswahl auch für die kommende gelten zu lassen, gegen etwa sechs Stimmen Annahme.

Derriet über die Pariser Konferenz

Paris, 7. Juni. (Sig. Junberichter.) Derriet hatte am Montag eine eingehende Unterredung mit dem englischen Botenoffizier, Lord Lytton. Er bezog sich vor allem auf die Vorbereitung

Regierung Brüning gegen Regierung Papen

Scharfe Rundgebung der früheren Reichsregierung gegen die „Regierungserklärung“ der Regierung Papen

Reichsanwält Brünning und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichten folgende Erklärung:

„Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben. Der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen.“

Das deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf diesem Wege dem

Vertrag, die Wahrheit zu verdeutlichen und die Verantwortlichkeit zu verdeutlichen, entgegenzutreten.

Wohin gehen die Vorwürfe? Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen bankrott, die Reformen über schwache Anlässe nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt.

Was ist Wahrheit? Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gemaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte; die Währungen zerrütete und die für das durch Kriegsverluste und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders scharfe Wirkungen haben mußte.

In einer Zeitspanne, in welcher der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt

bewirkte, war es — wie immer die Zusammensetzung einer Regierung sein möchte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückläufigen Bewegung abzurufen.

Anderer Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reformen gelebt, die Deutschland fehlten, oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In bezug auf die Sanierung von Banken, Industriebetrieben, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Gewerkschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Anwendung von Hunderten von Millionen Mark durchzuführen.

In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als 6 Milliarden Mark gebrosen. Das sind nicht „schwache Anlässe“, wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung darstellt. Die tatsächliche „Anpassung an die Armut der Nation“ ist weitestgehend erfolgt und in dem Haushalt jedes einzelnen sichtbar geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen in großem Masse erreicht worden. Dabei wurde

die Währung trotz aller Stürme sicher behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt.

Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Etatsjahres 1932/33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte. Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600.000 Menschen in Reichsanstalten und freiwilligen Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Siedlungsplan weiteren Volkstücken Hoffnung auf Lebensrückhalt auf eigener Schwelle zu eröffnen.

der Lausanner Konferenz. Der „Matin“ meldet, daß die neue französische Regierung jede Vertagung der Konferenz ablehne. Sie sei der Meinung, und werde das auch in der Regierungserklärung zum Ausdruck bringen, daß die von Frankreich und England gemeinsam aufgestellte Tagesordnung der nächsten internationalen Debatte ohne Veränderung einbehalten werden müsse. Diese Tagesordnung sehe

- 1. eine Vereinbarung über das Regime vor, das dem Hoogen Moratorium folgen soll und
- 2. eine allgemeine Diskussion über die Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.

Durch das Scheitern dieser Pläne ist der Ablauf des Sanierungswerkes in einem entscheidenden Augenblick sich unterbrochen. Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung.

Wir haben nicht nur „eine Bilanz gefordert“, sondern sie zu allen Zeiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volke in aller Öffentlichkeit vorgelegt.

Wir haben kein Trümmerselbst geschaffen, sondern unter schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.

Das Kabinett Brüning hat gegen die jetzigen Strömungen im Lande alle Kraft aufgewendet. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gotteslosen-Propaganda zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte, geistige Ueberwindung dessen, was an zerfallenden Kräften innerhalb des deutschen Volkstörpers wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen, als durch überzeugte und überzeugenden politischen Mittel allein ist keine Christliche Volkskultur zu schaffen.

Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unermessliche Opfer in möglicher Gleichmäßigkeit zu verteilten. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu machen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verschwendung bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.“

Wir bringen diese Erklärung der Regierung Brüning nicht, weil wir deren Arbeit billigen. Daß das nicht der Fall ist, haben wir oft genug dargelegt. Wir bringen sie aber deshalb, weil sie deutlich zeigt, wie sehr die Regierungserklärung der Regierung Papen von objektiven Unwahrheiten propt und weil die Arbeit der Regierung Brüning, die sich wenigstens ernsthaft bemüht hat, der schweren Probleme der Zeit durch sachliche Arbeit Herr zu werden, immer noch turmhoch über der bisherigen Tätigkeit der Regierung Papen steht. Diese Erklärung Brünings und seiner Mitarbeiter ist sehr geeignet, dem deutschen Volke über die neue Reichsregierung die Augen zu öffnen. Sie reiht der Regierung Papen schonungslos die Maske vom Gesicht und zeigt, was diese Regierung wirklich ist: eine Regierung gegen die großen Massen des deutschen Volkes.

Chemaliger Kruppdirektor Reichsarbeitsminister

Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichsanwälters den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Schäffer zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Herr Schäffer war früher Direktor bei Krupp. Das zeigt wohl zur Genüge, wo er politisch und vor allem sozialpolitisch steht.

Dem früheren Reichsarbeitsminister Stegerwald wird, wie verlautet, auch sein Staatssekretär folgen. Staatssekretär Geib soll sein Rücktrittsgesuch bereits eingereicht haben. Als sein Nachfolger wird der Präsident des Landesamtes für Süd-West in Stuttgart, Josef Kölin, genannt. Ihm hatte man auch den Posten des Reichsarbeitsministers angeboten. Kölin hatte jedoch abgelehnt.

Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Clarisse Meißner

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck verboten

(49. Fortsetzung)

Sie machte nicht nur geistreiche Witze. Sie war bemüht, sich vor Langeweile zu bewahren. Den ganzen Weg über hatte sie vom Bennett-Wag gehört; die vierzehn Meilen Steigung und die letzte halbe Meile grauamer Kletterei. In dieser stillen Seite des Berges war die neue Straße noch nicht eröffnet; es gab nur einen niedergewundenen, kieselbestreuten Weg, zu eng an den meisten Stellen, um einem anderen Wagen ausweichen zu können. Claire war froh, daß Will und Pinty in ihrer Nähe waren.

Wenn nicht so viele von der Sorte der freundlichen Ratgeber vor Reißenden sie davor gewarnt hätten, wäre sie sicherlich ohne Schwierigkeit über den Berg gekommen. Aber des freiwilligen Unten hatten Claire und ihren Vater nervös gemacht. Er lamentierte in einem fort: „Glaubst du, sollen wir es versuchen?“ Als sie am Fuße des Berges in einem Farmhaus anhielten, um zu übernachten, schien er ungewöhnlich müde. Er klopfte über Schürze. Er aß nichts zum Frühstück. Sie harketen Schweigjam und niedergebückt.

Er kauerte sich in einer Ecke des Wagens zusammen. Sie sah ihn an und wurde besorgt. Sie hielt an der linken ebenen Stelle auf der Straße an und meinte: „Du bist ja ganz krank.“

kämen schneller vorwärts und brachten den alten Herrn rasch zum Vor-, und ich komm mit Ihrer Maschine nach.“

„Wozu denn?“ wendete Claire ein, „ich will nicht...“

Ein neuer Will, der Herr, kurz und bündig, beinahe grob, sah aus dem Karren: „Gute Idee. Springen Sie herein, Claire. Ich werde Ihren Vater hinführen. Sehen, wo das, Pinty? Ja, ich verließ, zweite Ecke nach dem Kaufmann, Rechts. Vorwärts! Ah? O, wir werden später noch über die Goldmine reden, Pinty.“

So fuhren sie, alle drei auf den zwei Rädern des Gontez zusammengepackt, und Pinty unbewußt mit dem Karren hinterherpolpernd, wieder bergauf — und halt! es gab keine Steigung mehr! Unerwartet hatte Claire jedesmal gegögert, bevor sie eine scharfe, steigende Steigung anging, hatte Schwung verloren, während sie überlegte: „Wenn nun der Wagen viellecht hier aus der Kurve fährt?“ Will gab nie Gas, aber er verlangsamte auch nie. Sein Fahren war rhythmische Musik. Sie sahen so gebückt, daß er kaum den Schallbebel und die Bremse erkennen konnte. Er hielt an einer ebenen Stelle an und fragte kurz: „Diese Klappertüre hinten im Wagen — umklappbarer Sitz?“

„Ja, aber wir benutzen ihn beinahe nie, und er ist festgenommen. Kann ihn nicht anheben.“

„Wo wird ihn nicht anheben? Haben Sie einen großen Schraubenschlüssel?“ „Waher Sie, bitte, hinten sitzen?“ „Brauche Spielraum für die Ellenbogen.“

„Vielleicht ist es gescheiter, wenn ich mit Herrn Pinty fahre?“

„Nein, es nicht gescheiter.“

Mit einem Rud öffnete er die Klappertüre, worauf ein Klappitz sichtbar wurde, den sie willentlich einnahm. Dort hinten überlegte sie: „Wie stark sein Rücken ausseh. Komisch, wie ihm der Platz in den Rücken wächst.“

Luft noch nach Tannenwäldern, und im Grammophon spielte dieselbe russische Musik, die in dem gleichen Augenblick in Newyor modern war. Und die Beaches kannten Leute, die auch Claire kannte. Claire überlegte. Diese Leute waren würdliche Aristokraten, während Jeff Saxon trotz all seiner Familie und Lebensauffassung ein ewiger Emporkömmling war. Will, der sich in Jeffs Gegenwart unbehaglich gefühlt hatte, war heiter und unbesorgen mit den Beaches, und der Doktor holte dankbar keinen Rat ein bezüglich seines stationären Gasmotors.

„Er gleicht den Beaches in seiner Einfachheit — ja und in seiner Fähigkeit und Geschicklichkeit, all das zu tun, was er der Mühe wert hält“, entschied sie.

Nach dem Frühstück, als der Arzt mit seiner Frau zu einem Patienten gehen mußte, schlug Claire vor: „Gehen wir dort hinauf zu diesem Felsgrat und schauen wir uns die Aussicht an, Will!“

„Ja! Und wir wollen die Straße im Auge behalten wegen Pinty. Der arme Teufel ist immer noch nicht aufgetaucht. Er ist so unvorsichtig; ich hoffe, er hat den Teufel nicht über eine Straßenböschung hinuntergefahren.“

Sie kauerte sich am Rande eines Felsens zusammen, vor dem sie einen Monat zuvor noch zurückgedrückt wäre und sah über die Sandstraße zu einem Bach in einer tannenumrandeten Rinne hinab. Er sah neben ihr, die Ellbogen auf die Knie gestützt.

Diese Beaches — ihre Verwandten sind Richter und Senatoren und Hochschulprofessoren im ganzen Lande“, sagte sie. „Und dieser Doktor muß der Engel des Geländes sein, glaub ich.“

„Wirklich?“ „Ich hab geglaubt, sie sind gewöhnliche Leute. Was ist nett?“

„Ja, natürlich.“

„Hab ich schon meine Pfoten gewaschen und hübsch aufgewartet?“

Reichsregierung will Preußen unter Druck setzen

Sie möchte die Finanzverhandlungen politisch ausnutzen, um die Nazis in Preußen in die Regierung zu bringen — Bestehende Pläne auf Einsetzung eines Staatskommissars?

Am Dienstag beginnen zwischen dem Reich und Preußen bereits seit mehreren Tagen vorgelehnten Verhandlungen über finanzielle Probleme. Die Reichsregierung hat anscheinend die Absicht, diese Verhandlungen auf das politische Geleise zu schieben und Zugeständnisse davon abhängig zu machen, daß der Landtag spätestens einen Ministerpräsidenten der schwarzen-braunen Koalition wählt. Man erwartet deshalb bereits davon, daß der Landtag nicht erst am 22. Juni — wie bisher vorgegeben — sondern schon zu Beginn der kommenden Woche zum Zwecke der Wahl eines Ministerpräsidenten zusammentreten werde.

Wir halten es durchaus für möglich, daß die Regierung der Hitler-Barone, wie oben angedeutet zu verfahren beabsichtigt. Die Regierung Braun ist den Herren ein Dorn im Auge. Sie betrachtet sie als eine direkte Gefahr, weil sie den Herren in der Wilhelmstraße gewisse Schwierigkeiten bereiten könnte. Aber so einfach, wie sich die Wappenheimer um Schleicher die Dinge vorzustellen scheinen, liegen sie nicht. An dem Versuch, Zentrum und Nazis in Preußen Hals über Kopf aufzumanteln, kann sie ebensowenig jemand hindern, wie das Zentrum gezwungen werden kann, sich mit den Nationalsozialisten vor einen Karren spannen zu lassen. Am allerwenigsten scheint uns Herr von Papen dazu berufen, von dem es heißt, daß er in der angebotenen Richtung „gewisse Verhandlungen“ zu führen beabsichtigt. Wir könnten uns nach der politischen Entwicklung der letzten Tage und nach der Empörung, die im Zentrum gegenüber Herr von Papen herrscht, jedenfalls vorstellen, daß seine maßgebenden Instanzen nicht einmal einer Einladung dieses Herrn folgen würden.

Somit scheint sich hinter dem Versuch der Hitler-Barone, das preußische Zentrum für eine schwarz-braune Koalition gefügig zu machen, eine bestimmte Absicht zu verbergen, gegen die schon jetzt mit aller Schärfe Front gemacht werden muß. Wenn man der Regierung Braun die erforderlichen finanziellen Zuschüsse mit der Begründung verweigern möchte, daß das Reich eine Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit in Preußen nicht aufrechterhalten will, diese Regierung aber auf absehbare Zeit nicht aufhört, hofft man die Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars schaffen zu können. Man sieht, mehr als für die eigenen finanziellen Sorgen interessieren sich die Wappenheimer dafür, wie sie weiter Possession anerschlagen können.

Der Plan, in Preußen einen Reichskommissar einzusetzen, widerspricht der Verfassung, er wäre glatter Verfassungsbruch.

Die ordnungsmäßige Verwaltung Preußens ist durch die geschäftsführende Regierung Braun in vollem Umfange gewährleistet. Solange das der Fall ist, ist für die Einsetzung eines Reichskommissars eine verfassungsmäßige Grundlage nicht gegeben. Wir warnen deshalb die Herren jenseits der Wilhelmstraße eindringlich einen Konflikt vom Zaune zu brechen, der ihnen nicht gut bekommen könnte.

Weitere Auslandsstimmen über die Regierung Papen

Der Eindruck des Regierungswechsels ist verheerend

Brüssel, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der sozialistische „Peuple“ setzt sich am Montag mit der durch den Systemwechsel in Deutschland geschaffenen neuen internationalen Lage wie folgt auseinander:

Die neue Regierung besteht aus wackelnden Vertretern der wilhelminischen Deutschland herrschenden Kräfte, derselben Kräfte, die die schwerste Verantwortung für den Weltkrieg und seine Folgen trifft. Anstatt des Dritten Reichs Hitlers sieht man die von der Revolution verjagten Gelehrten des militärischen und junkerlichen Vorkriegs-Deutschland aus ihren Schlupfwinkeln hervorkriechen. Ihr Hauptziel in der Außenpolitik, dem sie alles unterordnen werden, selbst Reparationen und Gleichberechtigung, ist die Wiederherstellung der alten Weltmacht Deutschland, die Aufrüstung. Schon hiebert sich die neuen deutschen Machthaber zu diesem Zweck den Franzosen an, und da die radikale Regierung Herriot zu einem verächtlichen Handel nicht zu haben sein wird, setzen die deutschen Nationalisten ihre Hoffnung auf eine baldige Wiederkehr Tardieus. So sehr eine Politik widerständigen Entgegenkommens gegenüber der bisherigen deutschen Regierung, die sich gegen die militärischen und reaktionären Einflüsse gewehrt hat, geboten gewesen wäre, so sehr muß man die neue, von den Führern der Reichswehr beherrschte Regierung mit Vorbehalt und Mißtrauen behandeln. Ohne im Kampf um die internationale Abrüstung und Völkerverständigung nachzulassen, muß man von der neuen deutschen Regierung Sicherheiten gegen jeden Versuch der internationalen Abkommen vorgezeichneten Verfahrens abzulenken lassen, wie weit die Wiederzulassung der hitlerischen Sturmabteilungen mit den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages im Einklang stehen. Auch in der Reparationsfrage darf man eine solche Regierung, die von dem Standpunkt der internationalen Verständigung keinerlei Vertrauen verdient, nicht einfach von den bestehenden Verpflichtungen befreien.

Das belgische sozialistische Organ verlangt schließlich von den Regierungen der Siegerstaaten eine Erklärung, wonach sie einem demokratischen Deutschland materielle Zugeständnisse machen und die moralische Genugtuung geben wollen, die sie dem Ebenbild des militärischen Vorkriegs-Deutschland nicht gewähren können.

Paris, 7. Juni. (Eigener Junbericht.) Das Dementi des Büros des Reichspräsidenten, daß Hindenburg nicht die Absicht habe, an seinem 85. Geburtstag sein Amt niederzulegen und den Exzentrizitäten zum Regenten oder Reichsverweser zu ernennen, wird von der Dava-Agenzie mit folgendem Kommentar versehen: Man wird bemerken, daß dieses Dementi auf die Initiative des Staatschefs hin veröffentlicht worden ist, daß aber die Regierung selbst nicht gegen die Gerüchte von einer bevorstehenden Wiederherstellung der Monarchie protestiert hat. Die Äußerung in dieser Richtung ist gehalten an der republikanischen Verfassung betonen worden. Sie hat das nicht getan, was das Wort Verfassung bedeutet. Sie hat das nicht getan, was das Wort Verfassung bedeutet. Sie hat das nicht getan, was das Wort Verfassung bedeutet. Sie hat das nicht getan, was das Wort Verfassung bedeutet.

die Frage, wenigstens offiziell, nicht aufgeworfen werden wird, solange Hindenburg sein Amt ausübt. Aber andererseits ist es kein Geheimnis, daß der Reichspräsident nicht noch sieben Jahre in seinem Palais zubringen wünscht.

Die Wahl in Mecklenburg

Keine absolute Mehrheit der Nazis

Schwerin, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der mecklenburgische Landeswahlleiter gibt bekannt, daß den Kommunisten nach einer neuen Zählung mit 27 008 Stimmen noch ein fünftes Mandat zu fällt. Damit haben die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit nicht erreicht. In dem neuen Landtag stehen den 30 Nationalsozialisten 30 Abgeordnete der übrigen Parteien gegenüber, darunter 18 Sozialdemokraten.

Schwerin, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das vorläufige amtliche Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin ist am Montag mittag bekanntgeworden. Die Nationalsozialisten haben danach ein weiteres Mandat, also insgesamt 30 Mandate, erhalten und damit die absolute Mehrheit erreicht. Im einzelnen weist das Ergebnis folgendes Bild auf:

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	108 858 (124 832)	18 (20)
Kommunisten	26 982 (27 644)	4 (3)
Nationalsozialisten	177 029 (177 033)	30 (4)
Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Staatspartei)	7 895 (8 096)	1 (2)
Deutschnationale	32 875 (30 874)	5 (11)
Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger (Volksp., Wirtschaftsp., Christl.-Soz., Landvolk)	7 482 (49 412)	1 (12)
Soz. Arbeiterpartei	952	— (—)

Die Mehrheit der Stimmen haben die Nationalsozialisten, ähnlich wie in Oldenburg, wo sie im Parlament die absolute Mehrheit besitzen, auch in Mecklenburg-Schwerin nicht erreicht.

Glende Scheuerei

Die „Schlesische Zeitung“ verlangt Meinungsfreiheit — und will sie unterdrücken

Der neuen Reichsregierung und ihren Trabanten, insbesondere der Rechtspresse, wird allmählich schwind und bange bei der ungeheuren Empörung, die der plötzliche Umwälzung im Reich und im besonderen der ungeheuerliche Waplaustauf der Reichsregierung Papen in großen Teilen des deutschen Volkes hervorgerufen hat. Daß man den Verführungen, es handele sich um eine nationale Konzentration, während es sich doch in Wirklichkeit um die schlimmste Zerstückung des deutschen Volkes von oben her handelt, in den breitesten Kreisen der Öffentlichkeit keine Stunde lang geglaubt hat, sondern daß die Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit das wahre Gesicht der neuen Reichsregierung richtig kennzeichnet, hat sie ganz aus dem Häuschen gebracht und sie in Angst und Sorge verlegt. Diese Angst äußert sich heute morgen in geradezu komischer Form besonders in der „Schlesischen Zeitung“. Da kann man nämlich folgendes lesen: An der Spitze des Blattes steht ein Berliner Bericht über die weiteren Absichten der neuen Reichsregierung. Darin wird u. a. auch als Absicht der Reichsregierung angegeben, daß sie die Beseitigung der Beschränkungen der Versammlungs- und der Pressefreiheit plane. Angeblich soll die Reichsregierung die Absicht haben die politische Meinungsfreiheit (die übrigens bisher in keiner Weise beschränkt war) wieder herzustellen. Abgesehen davon, daß die Auffassung der neuen Reichsregierung, daß bisher in Deutschland die Meinungsfreiheit beschränkt gewesen sei, völlig falsch und unbegründet ist, geht jedoch aus dieser Ankündigung klar hervor, daß die Reichsregierung Papen die Absicht hat, die Verordnung der früheren Reichsregierung, die gegen die gemeinen Verleumdungen der Minister eingeführt war, aufzuheben. Und daß die „Schlesische Zeitung“ diese Absichten billigt, geht aus der ganzen Berichterstattung klar hervor.

Das hindert die „Schlesische Zeitung“ aber nicht, in derselben Nummer auf derselben ersten Seite einen selbst verfaßten Artikel zu bringen, der genau die entgegengesetzte Tendenz hat. In diesem Artikel wird versucht, den Oberpräsidenten Lüdemann dazu zu veranlassen, gegen die Kritik der Linkspresse an den ersten Taten und Auslassungen der neuen Reichsregierung durch Verbote vorzugehen. Angeblich sollen wir z. B. in unserer Kritik an der Regierung Papen uns gegen die vorhin erwähnten Notverordnungen der Regierung Brüning vergangen haben. Wodurch soll das geschehen sein? Die „Schlesische Zeitung“ sieht dieses Vergehen gegen die Notverordnung in unseren Feststellungen, daß die „schwarze Kultur- und Sozialreaktion angekündigt“ sei, daß die Regierungserklärung als ein „unglaublich niedrigstehendes Machwerk“ bezeichnet worden sei, daß die Regierungserklärung als „eine einzige Kampfansage an die werktätige Bevölkerung“, „eine einzige Bedrohung der Lebensrechte der Kerker- und unter den Armen“ bezeichnet worden sei, daß die Regierung „gegen das eigene Volk rüfte“ und „ein Attentat auf seine Lebensrechte plane“. Wir haben hier wörtlich zitiert, was die „Schlesische Zeitung“ aus unseren letzten Nummern ihrer Kritik zitiert. Aus den Zitierten geht klar hervor, daß es sich bei keinem einzigen dieser kritischen Sätze um eine Beschimpfung irgend einer Person der Reichsregierung oder der Reichsregierung selbst handelt, erst recht nicht um eine Verleumdung von ihnen, sondern um nichts anderes als um eine scharfe politische Kritik, um politische Werturteile, die gesetzlich durchaus erlaubt sind. Die Notverordnung der Regierung Brüning ist dagegen ein Vergehen, das durch die Regierung Brüning selbst begangen wurde, daß Otto Braun seine Stellung zu seinem persönlichen Vorteil mißbraucht habe

und Waplaustauf. Sie ist aber nicht dazu erlassen, politische Werturteile zuzuschlagen. Und keines der bisher erlassenen Verordnungen ist aus einem solchen Grunde erlassen. Deshalb ist die Kritik an dem Oberpräsidenten, daß er deshalb die „Volkswacht“ nicht verboten habe, völlig unberechtigt und widerspricht den geltenden Rechtsvorschriften. Der Oberpräsident würde sich gegen das Gesetz vergehen, wenn er aus irgendeinem Grund irgend ein Blatt verbieten wollte. Keinem Blatt ist eine solche rein politische Sachkritik bisher verboten worden. Aber das ist nicht einmal das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß dieselbe „Schlesische Zeitung“, die sich in derselben Nummer und auf derselben Seite in dem einen Artikel und Bericht für die Aufhebung der Beschränkungen der Presse und der angeblichen Verletzung der Meinungsfreiheit einsetzt, in einem anderen Artikel genau das Gegenteil tut, und selbst mit wüßtiger Demagogie und Verlogenheit die Unterdrückung der Meinungsfreiheit der Gegner der Regierung Papen verlangt. Hier haben wir die ganze Verlogenheit und die Heuchelei dieses auch-nationalen Blattes in Reinkultur vor uns. Und man kann dem Blatt nur deshalb mitbedauernde Zustände zubilligen, weil es offenbar vor der Welle der Empörung, die durch das deutsche Volk geht, eine so fürchterliche Angst hat, daß es nicht mehr weiß, was es schreibt und tut.

Württembergs Staatspräsident über die Reichsregierung Papen

Stuttgart, 6. Juni. (Eig. Drahtber.)

Staatspräsident Holz äußerte sich auf einer ober-schwäbischen Tagung der Zentrumsjugend auch über den Regierungswechsel im Reich. Er sagte u. a.: „Wenn eine so zusammengewürfelte Regierung wie das Kabinett von Papen der Ausdruck der nationalen Volksgemeinschaft sein soll, dann sind wir alle samt und sonders verkauft. Wenn die Nationalsozialisten diese „Regierung der Großgrazier“ bilden und nicht verlangen, selbst in der Regierung vertreten zu sein, so beweist das nur, daß sie zu feige sind, um im jetzigen Augenblick die Verantwortung zu übernehmen.“ Holz schloß mit der Feststellung, daß die Zeit kommen werde, wo man das Zentrum wieder rufen werde, weil man es brauche.

Was es mit der nationalen Konzentration auf sich hat

Das Stuttgarter Jugendorgan plaudert über die Bedeutung des bevorstehenden Reichstagswahlkampfes folgendes aus: „Und deshalb muß und wird es der einzige Sinn dieses Wahlkampfes sein, endlich das Zentrum aus der Schlüsselstellung hinauszuswerfen, in die es durch die Revolution gelangte und von der es bis auf den heutigen Tag einen so bedenklichen Gebrauch gemacht hat.“ Mit diesem rein parteipolitischen, auf eine Beschränkung der politischen und konfessionellen Gegensätze im deutschen Volk gerichteten Ziel vergleiche man das Geschwätz von der angeblich angepöbelten „nationalen Konzentration“!

Otto Braun geht in Urlaub

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hat am Montag seinen Urlaub angetreten und Berlin verlassen. In seinem Vertreter hat er den Wirtschaftsminister Dr. Hjalmar Schacht bestellt. Dieser führt nun nun an als dienstältester Minister den Vorsitz im geschäftsführenden Kabinett. Otto Braun hatte schon vor dem Zusammenrücken des neuen Landtags erklärt, er sei nicht gewillt, etwa monatelang als geschäftsführender Ministerpräsident zu amtieren und den politischen Gegnern dadurch einen Vorwand zu liefern, die Regierung Braun kommere sich so lange wie möglich an die Macht. Braun hat eine Frist von 14 Tagen als ausreichend für die Durchführung der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten bezeichnet. Diese Frist ist abgelaufen. Innenminister Severin und Unterrichtsminister Grimme, die beide dem Beispiel Brauns folgen wollten, sind von ihm dringend gebeten worden, noch auf ihrem Posten auszuharren.

Nazi-Rosenberg ist von den Hitlerbaronen entzückt

München, 6. Juni. (Eig. Drahtber.)

In Bayern hat sich nur eine einzige Stimme für die Regierungserklärung des Berliner Herrenklubbinetts ausgesprochen: der Balte Rosenberg in der Bayern-Ausgabe des „Völkischen Beobachters“. Hitlers Leibjournalist befandt damit mehr denn je seine vollständige Abhängigkeit von der geistigen und politischen Denkwelt der bayrischen und der mit ihr verwandten ostpreussischen Barone. Erweitert ist Rosenberg vor allem über die Ohrfeigen und Fußtritte, die der „Zentrumsführer“ von Papen in der Regierungserklärung seiner Partei und Brüning im besonderen ausgesprochen habe. Die dazu gewählten Worte von der moralischen Zermürbung des deutschen Volkes und dem Kulturholocaustismus wurden nach Rosenberg dem nationalsozialistischen Agitationslexikon entnommen, was ein Beweis dafür sei, daß unsere gegen die bisher herrschenden durchgefälschte Überzeugung ein gemeinnationales Gut zu werden beginnt.“

Am Schluß des Rosenbergschen Artikels werden die Führer des politischen Katholizismus, wie Kaas, Mark Leicht und Brüning Bräunle genannt, die sich ihre Forderung der seelischen Korruption des deutschen Volkes mit politischen Bögen für ihre Partei begahnen ließen. Sie seien die Verursacher und eigentlichen Ruhmnießer des deutschen Glendes.

Herriot arbeitet an der Regierungserklärung

Paris, 6. Juni. (Eig. Drahtber.)

Die Regierung Herriot hielt am Montag nachmittag wieder eine Kabinettsitzung ab, in der die am Sonntag begonnene Ausarbeitung der Regierungserklärung fortgesetzt wurde. Nach dem Pariser „Sair“ wird die Erklärung auf die Darlegung der Absichten des Kabinetts in bezug auf die Ausbalancierung des Budgets, die Abrüstungs- und die Reparationsfrage beschränkt. Diese drei Probleme hatte Herriot bereits in seiner Antwort an die Sozialisten als das unmittelbare Aktionsprogramm der Regierung bezeichnet. Die Sozialisten haben nicht die Absicht, die Regierung nach der Erklärung ihrer Erklärung im Parlament zu unterstützen. Wenn Blum soll in der Debatte über die Lage auseinanderhalten. Er wird von Herriot eine gewisse Unterstützung der Politik des bisherigen Kabinetts verlangen. Der Herriot hat Herriot mit der Politik der Sozialisten abhängen. Falls sie nicht Befriedigung ausfinden können, so die Sozialisten der Situation ungenügend. Man nimmt an, daß die Debatte noch am Dienstagabend mit einem Vertrauensvotum für die Regierung beendet werden kann.

Arbeiter-Sport

Handball in Breslau

Silesia-Riders I — 1925 I 4:5 (1:3).
 Ein selten interessanter Kampf wurde von diesen beiden Vereinen im Stadion vorgeführt. 1925 ist in den ersten Minuten überlegen. Zwei Tore sind die Ausbeute. Durch einen Fehler der Hintermannschaft der Vereinigten kommt 1925 zu einem verhältnismäßig leichtem Erfolg. Kurze Zeit später ist es der Mittelfürmer von Silesia-Riders, der ein Tor aufholt. Nach der Pause weiter flottes Spiel. Der Linksaußen der Vereinigten kann im Anlauf den Vorprung der 1925er verringern. Aber schon vom Anwurf weg stellt 1925 das alte Verhältnis wieder her. Zwei elegante Einzeldurchbrüche des Linksaußen der Vereinigten bringen ihnen den Ausgleich. Mit dem Schlußpfiff kann 1925 das siebringende Tor erzwingen.

9. Abt. I — 1. Abt. I 9:8 (6:4).
 Gleich vom Anwurf weg flottes, ausgeglichenes Spiel. 9. Abt. kann in der 5. Minute durch Mittelfürmer in Führung gehen. Doch schon zwei Minuten später stellt 1. Abt. den Ausgleich wieder her. Nach wechselseitiger Führung gelingt es der 9. Abt. bis zur Pause ein 6:4 herauszuholen. Nach dem Seitenwechsel hat 1. Abt. mehr vom Spiel, kann aber bis zum Schluß nicht verhindern, daß 9. Abt. einen knappen aber verdienten Sieg landet.

Weitere Resultate

Silesia-Riders II — 1925 II 2:4. Silesia-Riders III — 1925 III 3:0. 9. Abt. II — 1. Abt. II 6:3.

Serienpiele im Handball für den 12. Juni

Jugend
 16,00: Freie Schwimmer — 7. Abt.; Stadion; Path.
Sportlerinnen
 16,00 3. Abt. I — F.S.B. I; Brückenau; Galisch.
 16,00: 2. Abt. — 4. Abt. Lohewiese; Albrich.

Handball-Wettbewerb der Athleten

Zum Abschluß der Veranstaltung des Bezirks Breslau des Arbeiter-Athletenbundes bildete am Nachmittag ein Handball-Wettbewerb der Athletenvereine im Ostpark. Infolge der kürzeren Spielzeit wurden nur knappe Resultate erzielt:
 1897 I — Nordost I 3:0, 1897 I — 1897 II 4:1, 1911 I — 1897 II 3:1, 1911 I — Nordost I 2:0, 1897 II — Nordost I 4:0.

Im Schlußspiel (Aug. 1897 I nach äußerst hartem Kampf 1911 I mit 3:1. Das Turnier gewann 1897 I mit 6:10 Punkten und 10:2 Toren.

Freie Turnerschaft Breslau C.V.

Vereins- und Abteilungs-Funktionärversammlung
 am Mittwoch, den 16. Juni, 20 Uhr, Zimmer 7/8, Gewerkschaftshaus.
Zur Kartellversammlung haben alle Delegierten zu erscheinen.
Diegnitzer Halle. Mittwoch, ab 19,30 Uhr bis 20,45 Uhr: Letzte Übungsprobe der „Raff“. — Freilübungen für alle Sportlerinnen.
Mitwirkende Arbeitsinvaliden. Pferd Springer Mittwoch 20,45 Uhr, untere Halle. Freilübungsturner Mittwoch 20,45 Uhr, obere Halle.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau, Abteilung Nord. Sonnabend, 11. Juni, 20 Uhr, im Pojeidonsbad: Abteilungsversammlung.

Bezirkssportfest

der Arbeiterathleten am Sonntag, dem 12. Juni 1932, im Ostpark Hofmannsgarten (Sportplatz) im Ringen, Gewichtheben, Jiu-Jitsu und Taugziehen. Beginn der Wettkämpfe vormittags 9 Uhr, Eintritt pro Person 0,20 Mark. Nach Schluß der Wettkämpfe Siegereverenz.

Das spannende Kämpfe zu erwarten sind, bewiesen die bis jetzt schon eingegangenen 140 Meldungen. Im Ringen starteten im Einzelkampf der Kreismeister 1932 Arbeiterathletenverein 1911 u. a. Hauschlid, Gebr. Hanke, Waloschke, aber auch Nord-Ost, Weitz, Breslau und Hertules, Bries stellen die besten Ringer gegenüber. 1897 ist außer Anfängern mit der Altersklasse sehr gut vertreten. Zur Eröffnung des Festes werden sich die Schüler von 1897 und Nord-Ost auf der Matte treffen. Im Gewichtheben tritt der Kreismeister 1932 Sportver. Nord-Ost mit der vollen Mannschaft an und man ist gespannt, ob Gebr. Schwitasse ihre bisher gezeigten Höchstleistungen noch verbessern werden. Aber auch die anderen Bezirksvereine stellen ihre besten Seher an die Mangel.

Die Jiu-Jitsu-Kämpfer werden im Jiu-Jitsu-Ringkampf sowie Demonstrationsvorführungen zeigen, daß dieser Sport wichtig und für jedermann zu erlernen ist. Zum Taugziehen ist zu bemerken, da diese Mannschaften mit unbegrenztem Körpergewicht antreten, der Sieger nicht voraussehen ist. Während dem Bezirkssportfest findet Gartenkonzert statt.

Leichtathletische Bezirksmeisterschaften der Arbeiter-Athleten

Sportvereinigung Nordost I Bezirksmeister

In dem schönen Gelände des Ostparks fanden am Sonntag die leichtathletischen Serienmannschaftsläufe um die Meisterschaft des Breslauer Bezirks statt. Am Start waren die Freizeitsportvereinigung Nordost 03, Athletenverein 1911, Freie Sportvereinigung 1897 sowie als Gäste die 2., 4. und 5. Mannschaften der 1. Frauenabteilung der F.V.B. mit über 100 Teilnehmern erschienen. Der Fünfkampf der Männer A-Klasse brachte in Anbetracht der frühen Saison gute Leistungen, in denen die Turner besonders in den Wurzläufen dominierten. Die Meisterschaft der A-Klasse bei den Athleten holte sich die Sportvereinigung Nordost 03 I vor 1911 und 1897, die ihre lange innegehabten Titel verloren.

Der Kampfabend der 1897er

Turnier im Bantam- und Mittelgewicht

Am Freitag führte die Freie Sportvereinigung 1897 im Ostpark, Gräblichener Straße, ihren 3. Kampfabend im Ringen vor gutem Besuch durch. Die Kämpfe wurden von der Ringer-Abteilung der 1897er bestritten und es lieferte sich die startenden 40 Ringer in allen Klassen schöne technische Treffen. Da von den 20 Kämpfen nur zwei über die Distanz von zehn Minuten gingen, setzte die Technische Leitung, da noch Zeit vorhanden war, ein Turnier der Bantam- und Mittelgewichtler auf das Programm, welches einen wirkungsvollen Abschluß bildete.

Die Resultate im Bantamgewicht brachten einen glatten Erfolg von Herb. Hartmann (Abt. Osttor), der Herb. Köhler nach 5:10 Minuten eine Schulterniederlage beibrachte, während er den Favoriten Herb. Schmidt, sowie L. Wisch nach Punkten besiegte. Das Turnier im Mittelgewicht sah Walter Zimmer in blendender Form, schon nach 1:10 Minuten zwang er den starken Maledi auf die Schultern, heftigen Widerstand setzte aber der junge Junge entgegen, der erst in der 6. Minute unterlag. Zimmer stellte seinen Turniererfolg durch einen Punktsieg über den etwas schwereren Ahmann sicher.

Flugsport

Sturmvogel, Flugverband der Werktätigen. Mitglieder-versammlung Donnerstag, 9. Juni, 20 Uhr, im Restaurant „Eis Leipzig“, Ursulinerstraße 2/4.

Sammlen-Anzeigen

Am 4. Juni verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden unser Mitglied, die Witwe unseres vor Jahresfrist verstorbenen Gewerkschaftssekretärs **Helmut Rösler**
Frau Anna Rösler
 im Alter von 62 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Groß-Breslau. 1780
 Einäscherung: Mittwoch, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.
 Trauerhaus: Goldschmieden. **Dist. 49.**

Am 4. Juni verschied nach kurzem Kranklager unser langjähriges Mitglied, die Witwe unseres verstorbenen Gewerkschaftssekretärs **Helmut Rösler**
Frau Anna Rösler
 im Alter von 62 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 49 Deutsch-Lissa, Goldschmieden.
 Einäscherung: Mittwoch, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.
 Trauerhaus: Goldschmieden. **1781**

Lebensbilder erzählt von Willy Cohn
Karl Marx 60 Pl.
 Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

GEBLIRTS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS- TODES-
ANZEIGEN
 liefert schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
 Flurstraße 1/6.

STADTTHEATER

Dienstag, 20 bis 22,45
Spiel oder Stoff?
Coppelia
 Mittwoch, 18 bis 22,30
 Abonn.-Vorstellung B 18
Zeitran und Hoibe
 Donnerstag, 20 bis geg. 22,45
 Abonn.-Vorstellung D 18
Die verkaufte Braut

Monistische Gemeinde
 Breslau E. V., Grünstraße 14/15
 (Uhrgruppe des Volksbundes für Geisteshilfen)
 Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr
 im Saale Grünstraße 14/15

Vortrag
Der Kampf ums Dasein
 Redner: **Emil Machek**
 Eintritt für Mitglieder frei.
 Gäste 20 Pf., Erwerb. 10 Pf.

Pfänder-Auktion
 am 13. Juni 1932
 P. Schneider, Bürenstr. 12

Pfänder-Auktion
 Freitag, 17. Juni, bis Nr. 186 70
 Leibhaus Keller, Girschtstr. 78

Buchhandlung VOLKSWACHT
 Modernes Antiquariat
BRESLAU

Berläufe
Rußbaumjohani
 160 breit, billig zu verkaufen
 Tischlerei Fürstentorstraße 6

Heute **Südpark-Konzert**
 20 Uhr
 22-24 Uhr 0.50
 Suchen Sie Geld?
 wie 1, 2. Hyp., Betriebsg., usw.? kostentl. Ausk. durch **Helm. v. Ehrlich, Breslau, Bockstraße 12.**



Großes Schwimmen flussaufwärts
 weil sie infizieren!
 Bitte selbst probieren

Ein billiger und praktischer Reiseführer
Die 12 Arbeiter-Reise- und Wander-Führer
 Führer durch die schönsten Gebiete Deutschlands und der österreichischen Alpenländer — Arbeiter-Feldführer über die deutschen Ströme — Zahlreiche Abbildungen und Orientierungskarten — Praktische Winke für verlässliche Reisen und Wanderungen — Vollständiges Adressenverzeichnis der Volkshäuser, Ferienheime der Naturfreunde, der Gewerkschaften, der Arbeiterjugend, der Jugendherbergen und sonstiger billiger Unterkunfts-möglichkeiten — Ein stattlicher Band von 450 Seiten im Taschenformat
Der beste Ferienberater
Preis nur 2 MARK
Ein höchst fesselndes Kulturgeschichtsbuch
Volkswacht-Buchhandlung, Breslau, Flurstr. 4

Zu den billigsten
Pfennigpreisen
 schöne, praktische
Washstoffe
 in riesigem Mustersortiment
 Hauptpreislagen:
35, 48, 65, 75, 95
MESSOW WALDSCHMIDT
 G.m. b.H. Schmedebau

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Merettig Matthias-Straße 148
 Feinste Fleisch- und Wurstwaren
Paul Berndt Weißburger Straße 4
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Kursawe Neudorfstr. 28
 feinst. Fleisch- und Wurstwaren
Fritz Kaps Klosterstraße 7
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Gaststätten u. Gasthöfe
Gaststätte Hermann Ripke
 Familienlokal Frankfurter Straße 174

Druderei Volkswacht
 feinst. moderne Druckmaschinen
 Breslau 2, Markt 48

Fahrräder und Reparaturen
Karl Borst jun. Steinweg 12a
 Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprengapparate
 Reparaturwerkstatt. — Teilzahlung gestattet.

Fahrradhaus Gomolka
 Sonnenplatz Ecke Telegraphenstraße
 Fahrräder :: Motorräder :: Ersatzteile
 Reparaturwerkstatt

Wäsche, Berufskleidung
Leinenhaus Gotthard Völkel
 Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56 (nahe Ring)
 Gute Berufskleidung und Wäsche
 Eigene Anfertigung

Molkerei-Produkte
Central-Dampfmolkerei Bettlern
 Hermann Walter
 Stadigeschäft: Gabitzstraße 39
 Der Neuzeit entsprechende, mustergült. Betriebs-einrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg

Metallbetten, Matratzen
Beier & Olowinsky
 BRESLAU - HERRENSTR. 31 U. SCHWEIDNITZER STR. 10/11

Schuh- und Lederwaren
Oswald Grunwald
 Tel. 215 78 Taubentzenstraße 130 Tel. 215 78
 Lederhandlung • Zigarren • Zigaretten • Tabak

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat
 Breslau, Flurstraße 4/6

Breslauer Nachrichten

Die Papageienkrankheit

Ein wissenschaftliches Urteil zu den Breslauer Vorfällen
Im Auftrage des Ministers für Volkswohlfahrt haben unter Leitung des Dr. Levinthal vom Robert-Koch-Institut in Berlin eingehende Ermittlungen hier in Breslau anlässlich der Verdachtsfälle von Papageienkrankheit stattgefunden. Dr. Levinthal, der als Fachkenner gilt, äußert sich über den Stand der Dinge folgendermaßen:
Die Pittakose (Papageienkrankheit) ist eine Seuche, die bei den südamerikanischen Papageienarten, den Amazonen, heimisch ist; aber auch andere Papageienarten und die heute meist in Europa gezeigten, aus Australien stammenden Wellensittiche sind für die Krankheit empfänglich. Wie bei vielen Infektionskrankheiten der Menschen und Tiere kann ein leicht infizierter Vogel ohne erkennbare Krankheitserscheinungen bleiben und zum infektionsfähigen Keimträger werden. Die Pittakose, deren Erreger ein winzig kleines, 1930 am Robert-Koch-Institut in Berlin entdecktes Bakterium ist, ist sowohl vom kranken Vogel wie vom gefundenen Keimträger auf Menschen übertragbar und ruft hier eine hochfieberhafte erste Krankheit mit influenzaähnlichen Erscheinungen hervor, die etwa in einem Drittel der Fälle zum Tode führt.
Die Pittakose ist zwar seit mehr als 50 Jahren bekannt, aber erst die große Epidemie von 1929/30, die von Argentinien aus durch Transport brasilianischer Amazonen in viele europäische Länder und nordamerikanische Staaten verschleppt wurde, erweckte die allgemeine Aufmerksamkeit der Ärzte und des Publikums. Diese große Weltepidemie ist inzwischen überlitten worden, doch sind an mehreren Stellen unter den Papageienbeständen und in den Sittichzüchtereien kleine Seuchenherde zurückgeblieben, wie auch der letzte Breslauer Fall beweist. Es besteht kein Anlaß zu einer Beunruhigung der Papageien- und Sittichliebhaber, da es sich im Vergleich zu der großen Verbreitung dieser beliebten Hausvögel nur um ganz vereinzelte Fälle handelt. Doch sollten auch diese wenigen Fälle alle Befähigten von neuem vor einem allzu engen Kontakt mit den Tieren warnen; die Umhülle des Rüssels, des Hälshalses, des Hinterrisses aus dem Munde ist schon aus allgemeinen hygienischen Gründen durchaus zu vermeiden.

Fürsorgeamt der Stadt Breslau

Wohlfahrts-, Jugendamt und ein Teil des Gesundheitsamtes zusammengelegt
Der Magistrat hat beschlossen, das Wohlfahrtsamt, das Jugendamt und Teile des Gesundheitsamtes zu einem „Fürsorgeamt der Stadt Breslau“ zu vereinen.
Zum Vorsitzenden des Fürsorgeamtes ist der bisherige Vorsitzende des Wohlfahrtsamtes, Stadtrat Tilsner, bestellt, zum Direktor des neuen Amtes ist der bisherige Direktor des Wohlfahrtsamtes, Herr Grosse, ernannt worden. Die bisherigen Deputate im Wohlfahrtsamt, Jugendamt und Gesundheitsamt bleiben unverändert bestehen.
Das Fürsorgeamt besteht aus der Hauptabteilung und mehreren Fachabteilungen, und zwar je einer für:
1. Wirtschaftsfürsorge für Erwachsene,
2. Jugendwohlfahrt einschließlich Wirtschafts- und Erziehungsfürsorge und Amtsvormundschaft sowie der Heranziehungsabteilung,
3. Heime, Anstalten und Betriebe einschließlich Erholungsfürsorge und Jugendpflege.
Die auf das Stadtgebiet verteilten 6 Kreisstellen für die Ausübung der Armenfürsorge sowie der Kriegsober-, Sozial- und Kleinrentnerfürsorge und die 6 Blodstellen für die Ausübung der Fürsorge für die ausgeheuerten Erwerbslosen bleiben unverändert bestehen.
Die Hauptabteilung und die Fachabteilung I (Wirtschaftsfürsorge für Erwachsene), werden in den zusammenhängenden Grundstücken Ritterplatz 1, Schuhbrücke 36 und Schuhbrücke 35, untergebracht. Die Fachabteilung II (Jugendwohlfahrt) einschließlich der Heranziehungsabteilung ist im Grundstück Ursulinerstraße Nr. 22 bis 26 untergebracht. Die Hauptstelle der Kriegsoberfürsorge — zur Fachabteilung I gehörig — bleibt zunächst in Sandstraße 1, ebenso behält die Fachabteilung III (Anstalten usw. und Jugendpflege) vorläufig ihre Räume in Ohlauer Straße 44 III; dagegen werden die zu dieser Fachabteilung gehörenden Verbände für Kinderpflege (Krippen, Kinderhort, Kindergärten) am Montag, den 6. Juni 1932 von Ursulinerstr. 22/26 nach Schuhbrücke 36, Winterhaus, verlegt.

Beinahe wieder „Mordmord“

Wie hat sich ein SA-Mann das Leben zu nehmen?
Die Frage wird manchem vielleicht müßig erscheinen, weil er meint, daß sich ein SA-Mann in der Erwartung des dritten Reiches mit seinen angeblich paradiesischen Zuständen gar nicht das Leben nehmen dürfe. Diese Auffassung ist aber nicht richtig, denn erst dieser Tage hat ein Breslauer SA-Mann vorgezeigt, wie die Sache gemacht werden muß.
Stand da am Sonntag in der „Schlesischen Zeitung“ eine Notiz, aus der hervorging, daß der Student der Theologie Dieter Hoffmann, der bei dem Pastor Hochbaum in der Klosterstraße (Bethanien) gewohnt habe, seit dem 30. Mai vermißt werde. Weiter hieß es, daß der junge Mann SA-Kluft getragen habe und deshalb vermutet werde, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein könnte.
Mancher Leser der „Schlesischen Zeitung“ wird beim Lesen dieser Notiz eine Gänsehaut bekommen haben und sich je nach Veranlagung irgendeine Schandtat der „roten Mordbestien“ oder des „roten Untermenschentums“ ausgemalt haben.
Am Sonntag mittag ist nun der vermißte angehende Wirtzer und SA-Mann gefunden worden. In voller Ausrüstung, mit dem Sturmriemen unterm Kinn, zogen ihn Angehörige des Arbeiter-Wasserrettungsdienstes in Roggenau aus der Oder. Die Sache wurde immer mysteriöser, denn der wie zum Sturm fürs dritte Reich angezogene Jüngling hatte alle Taschen voller Steine.
Die Kriminalpolizei wurde in Bewegung gesetzt, denn nach der letzten Feststellung wäre ganz gut auch ein kleiner netter Hemmerd vorstellbar gewesen, zumal es ja in der Kapitularlei Leute geben soll, die sich auf dieses Handwerk ganz besonders gut verstehen.
Die Angelegenheit fand aber eine harmlose Aufklärung, denn die Polizei ist inzwischen in den Besitz eines Briefes gelangt, aus dem hervorgeht, daß der SA-Mann freiwillig mit dem Leben Schluß gemacht hat, wobei Liebestummer das Leitmotiv gewesen sein soll.
Wahrscheinlich haben SA-Leute, die beim Warten auf das dritte Reich die Schuld verlieren, die Verpflichtung, in voller Kriegsausrüstung, Sturmriemen unterm Kinn und mit Steinen in allen Taschen, in die Oder zu springen.

Seinen fünfjährigen Sohn getötet und der Vater stand nun vor seinen Richtern

Vor dem Breslauer Schwurgericht hand am Montag der 33 Jahre alte Schlosser Wilhelm Labube, um sich wegen vorläufiger Tötung zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 25. November v. J. seinem fünfjährigen Sohn Siegfried mit einem Messer die Halsschlagader durchgeschnitten, so daß das Kind bald an Verblutung verstarb.
Das war die Tat, die damals großes Aufsehen erregte. Labube selbst hatte sich auch einige Schnitte an den Handgelenken und am Hals beigebracht, doch wurde er in ärztlicher Behandlung bald wieder hergestellt. Der Grund für seine Tat war ein zweifacher. Einmal hatte ihn die lange Arbeitslosigkeit völlig mutlos gemacht, und dann lebte er auch in seiner Ehe, die er zum zweiten Male eingegangen war, nicht glücklich, besonders deshalb nicht, weil die zweite Frau zu dem Kinde aus erster Ehe nicht liebevoll genug war. Er ist seit 1926 arbeitslos, doch hatte er jede Gelegenheit benützt, sich einen kleinen Nebenverdienst zu verschaffen, den er aber nicht beim Wohlfahrtsamt meldete. Er war deshalb vor 2 Jahren wegen Betruges verurteilt worden. Im November v. J. war dem Wohlfahrtsamt bekannt geworden, daß er wieder einige Wochen gearbeitet und daneben noch die Wohlfahrtsunterstützung bezogen hatte. Als er am 24. November seine Unterstützung abholen wollte, erklärte ihm der Beamte: „Die Wohlfahrtsunterstützung ist Ihnen gesperrt. Sie werden ja wissen, warum. Alles Uebrige wird Ihnen der Staatsanwalt sagen.“ Labube hatte nämlich seit einiger Zeit die Hausreinigung im Hause Elshagerstraße 16 und außerdem war er in einem Autogeschäft ausbauseitig beschäftigt, wo er monatlich 20 Mark verdiente.
Da ihn das Wohlfahrtsamt schon einmal bei falschen Angaben erwischt hatte, glaubte er, daß die Sache diesmal für ihn recht schlimm ausgehen werde, und er beschloß, sich das Leben zu nehmen. Den kleinen Siegfried, an dem er mit großer Liebe hing, wollte er aber nicht hängen lassen, denn nach seiner Auffassung behandelte seine zweite Frau diesen Jungen aus erster Ehe sehr lieblos.

Diese Frau habe ihm auch gesagt: „Wenn mein Kind erst da ist, dann ist dein Kind für mich erledigt.“ Die zweite Frau des Labube, die als Zeugin vernommen wurde, beklagt, das Kind nicht behandelt zu haben. Sie habe es nur geschlagen, wenn es notwendig war. Sie hat jetzt die Ehescheidungsklage eingereicht, weil sie Angst hat, daß er auch ihr jetzt halbjähriges Kind töten könnte. Unter den Zeugen befindet sich auch die Mutter des Labube. Sie schildert die Ehe des Angeklagten mit seiner ersten Frau, die gestorben ist, als sehr gut. Doch die zweite Frau habe das Kind sehr schlecht behandelt. Es durfte nie spielen, sondern mußte immer in einer Nische sitzen. Die alte Frau Labube hatte ihren Sohn vor einer Ehescheidung mit der zweiten Frau gewarnt, denn als er sie ihr vorstellte und sie zu dem Jungen sagte, das sei seine neue Mutter, wollte sich das Kind ihr nähern, doch sie gab ihm sofort einen heftigen Stoß, weil sie fürchtete, er werde ihr neues Kind zerbrechen. Auch die Mutter der ersten Frau riefte dem Angeklagten das allerbeste Zeugnis aus, daß er arbeitsam und fleißig am gewesen sei, und sie schilderte auch, mit welcher Liebe er an dem Kinde gehangen hat. Der Angeklagte ist längere Zeit auf seinem Geisteszustand beobachtet worden. Nach dem Gutachten des Sachverständigen, Dr. Chohen, ist er ein sehr tief empfindender, verschlossener, stiller Mensch, der die Tat in äußerster Erregung begangen hat, die er zwar ohne Ueberlegung ausgeführt hat, für die er aber verantwortlich zu machen sei. Der Staatsanwalt würdigte die ganze Tragik des vorliegenden Falles und beantragte unter Zustimmung mildernder Umstände anderthalb Jahre Gefängnis.
Das Gericht erkannte wegen vorläufiger Tötung auf ein Jahr drei Monate Gefängnis, indem es mildernde Umstände in weitestem Maße für vorliegend hielt.
Auch hat sich Labube selbst am meisten dadurch gestraft, daß das Kind nicht mehr ist. Doch andererseits habe auch berücksichtigt werden müssen, daß er ein Menschenleben vernichtet. Die Untersuchungshaft von drei Monaten wurde ihm angerechnet, doch der Haftbefehl bleibt bestehen.

Der Schwächer von Hundsfeld

Wie gemeingefährlich böswartige Schwächer sind, zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht. Angeklagt wegen öffentlicher Beleidigung war der Bauarbeiter Johann Koczubel aus Hundsfeld, als Nebenkläger war Studentrat Genosse Kozkowsky anwesend.
Kozkowsky hatte auch den Strafantrag gestellt, nachdem es nicht möglich gewesen war, die Schwächeren des Angeklagten zu unterbinden. Genossen Kozkowsky kam es nicht auf eine Bestrafung des Angeklagten an, sondern lediglich darauf, daß die von ihm ständig verbreiteten Unwahrheiten richtiggestellt würden. Es ist bebauerlich, daß Leute, die sich in ungenügender Weise ehrenamtlich in den Dienst der Wohlfahrt stellen, von Personen vom Schlage des Angeklagten als Dank dafür dauernd schwer verleumdet werden. Die Gerichtsverhandlung bot ein typisches Beispiel dafür, wie sich der Angeklagte an seinem Wohnort benehmen wird; denn die ganze Verhandlung war ausgefüllt mit neuen Beschimpfungen und Verleumdungen des Nebenklägers. Genosse Kozkowsky hatte im vorigen Winter ehrenamtlich die von der Winterhilfe verabfolgten Lebensmittelmarken zur Verteilung ins Hundsfeld übernommen, die nach bestimmten Richtlinien als Zulagenunterstützung zur Arbeitslosenunterstützung ausgegeben wurden. Hatte K. von der Arbeiterwohlfahrt durch den Genossen Kozkowsky keine Marken erhalten, so begab er sich auch noch zum Charitasverbande, wo er auch noch eine Unterstützung herauskugelte, womit er andere Bedürftige schädigte. Und das sind dann die Leute, die sich hinstellen und den Vertretern der Arbeiterwohlfahrt den Vorwurf machen, sie hätten Marken verschoben. Da er diese Behauptung immer wieder aufstellte, blieb dem Genossen Kozkowsky nichts anderes übrig, als Strafantrag gegen Koczubel zu stellen. Von welcher fixen Idee der Angeklagte besessen ist, daß Marken verschoben wurden, ergab sich aus dem, daß er auch zwei Bauarbeiter aus Hundsfeld beschuldigte, daß ihnen die Marken zugesteckt worden seien. Ja, als der eine einmal aus Hundsfeld mit gefülltem Kuckuck kam, rief ihm Koczubel logar zu, daß er wohl so viel Marken habe, daß er schon nach Breslau fahren müsse, um damit einzukaufen. Es ist nur verwunderlich, daß Koczubel sein Unrecht auch vor Gericht noch nicht einfaß. Durch solche Anpöbeleien wird sich kaum noch jemand berechtigen, der die Verteilung der Lebensmittelmarken übernimmt. Der

Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 50 Mark. Das Gericht erkannte auf 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis, verwarf aber die Publikation des Urteils, auszuspochen, denn die Verleumdungen waren dauernd in aller Öffentlichkeit erfolgt. Es ist immerhin damit zu rechnen, daß sich die Berufungsinstanz noch einmal mit der Sache zu beschäftigen hat.

Freispruch

der ungetreuen Lagerhalter

Die Große Strafkammer beschäftigte sich dieser Tage mit dem Prozeß gegen die sieben Angeklagten des Konsumvereins „Vorwärts“, die in ihrer Eigenschaft als Lagerhalter bzw. kontrollführender Buchhalter die Genossenschaft um insgesamt 12 000 Mark geschädigt hatten. Das Schöffengericht hatte den Lagerhalter Seewald und den Buchhalter Fritz Lublin wegen Betruges zu je 300 Mark Geldstrafe, die Lagerhalter Knappe, Engel, Seidel, Manke, Kailer und Hartmann zu je 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte damals mit Rücksicht auf den sehr großen Vertrauensbruch der Angeklagten und die hohen Summen, um die der Konsumverein geschädigt worden war, gegen Lublin sechs Monate Gefängnis, gegen Seewald vier Monate und gegen die übrigen Angeklagten an Stelle von je einem Monat Gefängnis je 150 Mark Geldstrafe beantragt.
Nunmehr hatte sich in zweitägiger Verhandlung nochmals die Große Strafkammer mit dieser unerfreulichen Angelegenheit zu beschäftigen. Wie in der ersten Instanz, behaupteten die Angeklagten auch jetzt, daß die sehr erheblichen Mängel auf Gemächtsverluste, Warenchwund, Diebstähle und durch Augenfälle über Kundenzahlungen entstanden seien, obwohl es sich hier bekanntlich um recht beträchtliche Beträge handelte. Der Buchhalter Lublin in der Zentrale kam ihnen dann „zu Hilfe“, indem er mit Hilfe der Rechenmaschine die Mängel zu verdecken suchte, so daß sie in der Endabrechnung nicht in Erscheinung traten. Auf diese Art des Handhabens der Lagerhalter mit dem L wurde dann das Unternehmen der Arbeiter um hohe Beträge geschädigt.
Nach der Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz beantragte der Staatsanwalt für Lublin drei Monate, für Seewald zwei Monate Gefängnis, für die übrigen Angeklagten, die in erster Instanz erkannten Strafen. In seiner Verteidigungsrede griff Rechtsanwalt Dr. Gohlitz wie in der ersten Verhandlung den Konsumverein in der unglücklichsten Weise an, wozu er sich offenbar für besonders qualifiziert hält. Der Vorsitzende mußte ihn mehrmals darauf aufmerksam machen, daß dies doch nichts mit der strafbaren Handlung der Angeklagten zu tun habe. Uebersehenderweise kam die Strafkammer zur Freisprechung sämtlicher Angeklagten, indem sie sich auf den Standpunkt stellte, daß es nicht genau feststehe, ob dem Konsumverein ein Schaden entstanden sei, und daß sich die Angeklagten auch dadurch keinen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafften, daß sie den Buchhalter zur Verdeckung der Mängel veranlaßten. Die Staatsanwaltschaft hat gegen dieses in seinen Feststellungen sehr ansehnliche Urteil Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Das galante Abenteuer eines 67-jährigen

Hohe Strafe aber für das Mädel
Vor dem Schöffengericht fand am Donnerstag eine Verhandlung statt, bei der sich die Zuhörer köstlich amüsierten. Ein 67-jähriger Rentner hatte am 1. Februar mittags zu zweien begonnen und machte nachts um 12 Uhr die Bekanntschaft eines Mädchens, die er zunächst freibeitelt und sie dann nach Hause begleitete. Hier gab es dann Differenzen wegen des Liebeslohns und das Mädchen, das sich geprellt glaubte, verabreichte ihrem Besucher ein paar kräftige Schlapfen, da sie ihm drohte, sie werde ihn totschlagen, gab er ihr sitzend und bebend ein Zehnmarkstück, trotzdem nur ein Taler verabredet worden war. Als der Rentner am nächsten Tage nicht mehr war, machte er Anzeige bei der Kriminalpolizei, die nun die schlafertige Dame suchen sollte, denn er wußte nicht, wo er gewesen war. Doch das Mädchen wurde bald ausfindig gemacht und verhaftet. Die Anklage lautet auf räuberische Erpressung und Körperverletzung. Da der Staatsanwalt in der Tat der Angeklagten eine ganz gemeine Handlung gegen den alten Mann erblickte, beantragte er unter Verjagung mildernder Umstände zwei Jahre Zuchthaus. Das Gericht billigt ihr zwar mildernde Umstände zu, erkannte aber auf die recht hohe Strafe von einem Jahr Gefängnis. Dabei hatte doch der alte Genießer die Situation selbst verschuldet; erst verprügelt er ihr einen Taler und dann will er nicht bezahlen.

Kundfunk sollte einen „Mörder“ signalisieren

Zugendwer hat sich gestern mit einem heftigen Friedhofsverwalter aus der Menselstraße einen schlichten Scherz leisten oder Rache nehmen wollen. Gegen 11 Uhr wurde die Schlesische Funktunde telefonisch angerufen und am anderen Ende der Grippe meldete sich das Polizeipräsidium, wobei der Sprecher zugleich einen unverstänlich gebliebenen Namen nannte. Der Zuhörer erfuhr, die Funktunde möge ein Fahndungsersuchen gegen den genannten gestrichelten Friedhofsverwalter wegen Mordverdachts schnellstens an die Kundfunkhörer bekanntgeben.
Vielleicht wäre die Funktunde auch darauf hereingefallen, wenn man nicht bemerkt hätte, daß bei dem telefonisch durchgegebenen Ersuchen die Personalbeschreibung fehlte, die eigentlich bei so einer Bekanntgabe die Hauptsache ist. Durch eine Rückfrage beim Polizeipräsidium klärte sich der Schwindel auf und die Durchsage unterblieb.

47 Betrügereien verübt

Dieser Tage wurde ein Tischler Walter E. aus Münsterberg in Leuthen festgenommen, der in den Kreisen Dels, Trebnitz und Breslau allerlei Betrügereien verübt und dabei nach seinen eigenen Angaben über 600 Mark ergaunert hat. Er will 47 Betrugsfälle verübt haben und die Polizei sucht alle Leute, die durch diesen Betrüger geschädigt worden sind.

Am Oberdamm erschossen

Im Laufe des Sonntags wurde auf Groß-Maselmüher Gelände in der Nähe des Oberdamms die Leiche eines etwa 40 bis 45 Jahre alten Mannes gefunden, der sich durch einen Kopfschuß getötet hatte. Obwohl einwandfrei ermittelt werden konnte, daß es sich um einen Selbstmord handelt, war es bisher nicht möglich, die Persönlichkeit des Toten festzustellen. Er war bekleidet mit blauem Anzug, grauer Windjacke, brauner Schirmmütze und schwarzen Schnürschuhen. Der Tote hatte eine Kautschukgürtel, eine Geldbörse mit zwei Pfennigen und einen Bund mit 7 Schilling bei sich.

Mühlen Franck
die gute Kaffeewürst kostet nur noch 22 Pf. das halbe Pfund

Hausfrauen!

Sichern Sie sich eine Probe des neuen 10 Pf.-Stückes von Regier-Seife! Sie erhalten es bekanntlich nur in Breslau bis zum 9. Juni beim Einkauf eines Pfundpaketes umsonst als Kaufprobe!

Elektrizität in jedem Gerät

Der neue Ausstellungs- und Vorführungsraum der Städtischen Elektrizitätswerke Breslau, Am Rathaus 11/12

Wie die meisten privaten und kommunalen Elektrizitätswerke, unterhalten auch die städtischen Elektrizitätswerke Breslau seit Jahren einen Ausstellungs- und Vorführungsraum, wo der Stromabnehmer — frei von jeder Beeinflussung und ohne das lästige Gefühl des Verpfichtenseins — über die elektrischen Geräte für Küche und Haus und aller damit zusammenhängenden Fragen sich unterrichten konnte. Dieser befand sich bisher auf der Springertstraße 14. Nun wurde der Elektrizitätswerken der im Erdgeschoss des städtischen Grundstücks „Am Rathaus 11/12“ gelegene Ladenraum zur Verfügung gestellt.

Wie in dem bisherigen Vorführungsraum soll auch in dem neuen Ausstellungsraum der Elektrizitätswerke ein Verkauf von Elektrogeräten stattfinden. Jeder Wettbewerb mit dem privaten Gewerbetreibenden soll in dessen Interesse vermieden werden. Es wird lediglich der Besucher in allen Fragen der Elektrizitätsanwendung sachmännlich beraten, und es werden ihm die Vorteile der Benutzung elektrischer Haushaltsapparate für Kraft, Licht und Wärme vor Augen geführt werden. Der neue Ausstellungsraum dient also ebenso wie der bisherige ausschließlich dem Zwecke der Stromwerbung und des Kundendienstes. Der übernommene Ladenraum wurde baulich und in der Ausstattung in sparsamer Weise dem Zwecke eines Ausstellungsraumes angepasst. Es sind hierbei alle Erfahrungen, die sich bisher bei der Vorführung von elektrischen Geräten ergaben, ausgewertet worden. Im ausreichend großen Schaufenster können die Vorübergehenden die ausgezeichneten Muster, die auch gelegentlich im praktischen Betrieb gezeigt werden können, bequem beobachten; gleichzeitig gewährt die große Glasfläche einen umfassenden Einblick in den Ausstellungsraum.

Die Anordnung der Ausstellungsgeräte ist so getroffen, daß sämtliche Apparate im Betriebe vorgeführt werden können. Die in der Längsrichtung des Raumes aufgestellten Ausstellungsstische zeigen der Reihe nach in verschiedenen Größen, Preislagen und Fabrikaten: Heizlampen und Strahlröhren, elektrische Kochplatten und Tischherde, Hausbackgeräte und Brot- und Backröhren, Apparate für die Hygiene, Körper- und Schönheitspflege, und endlich Geräte mit motorischem Antrieb wie Heißluftbüchsen, Rührmaschinen usw. Die hintere Wand zeigt verschiedene Waschmaschinen und Bügelmaschinen, sowie auch zwei elektrische Kühlchränke. Die kleinen meist vernickelten Geräte, wie z. B. Kochtöpfe, Tauchsieder, Kaffeemaschinen sind in den Glaschränken untergebracht, an die sich ein besonders eingerichteter Staubsaugerscharf anschließt, der eine Anzahl von Staubsaugern in verschiedenen Leistungen, Preislagen und Fabrikaten zeigt. An der farbig behandelten westlichen Längswand werden elektrische Kollherde und elektrische Heißwässerspeicher verschiedener Modelle zur Vorführung gebracht.

Die rückgängige Wirtschaftslage hat in der letzten Zeit den Absatz aller Elektrizitätswerke besonders an individueller Kraftstrom nicht unwesentlich verringert. Daher geht das Bestreben der Werke, so auch der Städtischen Elektrizitätswerke Breslau, in letzter Zeit mit Erfolg dahin, um Ertrag für den ausgefallenen Industrieertrag den Stromablauf für Haushaltszwecke besonders zu fördern. Daß die Bestrebungen der Elektrizitätswerke hierbei nicht erfolglos waren; lassen folgende Zahlen erläutern, die einer Statistik des Städtischen Statistischen Amtes vom August 1932 entnommen sind:

Von den insgesamt in Breslau vorhandenen 164 296 Wohnungen waren am Stichtage 64 965 Wohnungen, also 39,5 Prozent an das städtische Netz angeschlossen; diese Zahl bedeutet eine Anschlußsteigerung auf über das Doppelte in den letzten 4 Jahren. In diesen Haushaltungen waren am Stichtage in Benutzung: 38 000 Bügelisen, 15 400 Staubsauger, 11 600 Heizlampen, 6300 Heißluftbüchsen, 8900 Kochgeräte aller Art (Tauchsieder, Kochtöpfe, Kaffee- und Teemaschinen, Kochplatten, Brot- und Backapparate, Kollherde und Brotträger und 3000 elektrische Defen. In der Zahl der Kochgeräte sind allein 308 elektrische Kollherde mit 2, 3 und 4 Kochstellen sowie Bratröhre enthalten. Demnach entfallen auf je 100 angeschlossene Wohnungen 50,6 Bügelisen, 20,6 Staubsauger, 15,5 Heizlampen, 9,1 Heißluftbüchsen, 11,9 Kochgeräte und 4,1 elektrische Defen.

Daß die Anschlußbewegung von Haushaltsapparaten weiter in noch höherem Maße zunehme, dazu möge auch der neue Ausstellungsraum der Elektrizitätswerke dienen.

Der Vorführungsraum ist für die Interessenten werktätlich von 10-15,30 Uhr für Besichtigungs- und Ausleistungszwecke geöffnet. Die Städtischen Elektrizitätswerke empfehlen den Besuch des Ausstellungsraumes nicht nur denjenigen Abnehmern, die im Begriffe sind, sich irgendein Elektrogerät anzuschaffen, oder sich über den Fortschritt der Technik unterrichten wollen, sondern auch denen, die dem Fortschritt der Zeit in manchen Punkten noch ein wenig zweifelnd gegenüberstehen.

Städtische gestalten

Zeichenausstellung der Städtischen evangel. Volkshilfe Nr. 35
Form und Farbe nennt sich die Zeichenausstellung der Klasse 2 der 59. ev. Volkshilfe. Bierschneid Zeichnungen, die Arbeit eines einzigen Jahres, zeugen von dem ganz erstaunlichen Können dieser zwölfjährigen. Im heutigen Zeichenunterricht kommt es nicht mehr darauf an, mit Lineal und Zirkel geometrisch genau das Objekt wiedergzugeben. Wer das will, der soll anstatt mit Bleistift und Farbe mit dem Photoapparat arbeiten. Heute geht es hinaus in die Natur, und in der Freizeittätigkeit ihrer Pforten und in der Farbgebung lernt der Schüler erfassen, leben und gestalten. Und so sind auch die Arbeiten mit Pinsel und Lupe, mit Graphit, mit Kohle, mit buntem Papier entstanden. Wenn man sich nicht davon überzeugen könnte (einige Schüler zeichnen und arbeiten vor den Augen der Besucher), daß dies wirklich diese zwölfjährigen geschaffen haben, man müßte glauben, die Arbeiten der Oberstufe einer höheren Lehranstalt vor sich zu haben. Interessant ist es, zu beobachten, wie dieselbe Person von mehreren Schülern gesehen wird, wie verschiedene die Zeichnung und die Gestaltung ist. Und es sind Arbeiter dabei, die in Wohl des Motives, Gestaltung und Farbe Künstler abgeben lassen. Erstaunlich ist auch, was auf dem Gebiete der Karikatur geleistet wurde. Wenn auch hier, wie bei den Eherenzeichnugen, wohl der Grad der Ueberschreitung, den die Karikatur bedingt, nicht von den Schülern selbst empfunden ist, so ist doch die Wieder-

gabe von einmal Gesehenem ganz erstaunlich. Stolz zeigen die kleinen Künstler den Besuchern ihre Arbeiten. Sie und ihr Lehrer, Genosse Rektor Herrmann, können auch darauf stolz sein!

Schlechtes Trachten- und Sängerefest

als Auftakt zu den Schlesischen Tagen und zum Johannistfest in Breslau.

Am Sonntag, den 12. Juni, werden die „Schlesischen Tage“ in Breslau, wie bereits kurz mitgeteilt, durch einen großen altschlesischen Trachten- und Sängerefestzug mit anschließendem Sängerefest in der Jahrhunderthalle eröffnet. Diese Veranstaltung ist zugleich ein Auftakt zum Johannistfest, das dadurch eine besondere künstlerische Note erhält. An dem Trachtenfestzug werden sich rund 400 Vertreter aus den verschiedensten Gegenden Niederschlesiens und Oberschlesiens beteiligen. Es werden zum ersten Male die altschlesischen Trachten in einem derartigen Festzug vereintigt werden. Der Festzug, an dem auch etwa 2500 schlesische Sänger teilnehmen, geht vom Platz der Republik nach der Jahrhunderthalle, wo vom Schlesischen Sängerebund ein großes Gelangskonzert veranstaltet wird. Auch die Vorführung verschiedener schlesischer Volkslänze in alten Trachten ist in dem Programm des Konzertes vorgesehen. Nach Beendigung des Konzertes marschieren die Trachten Teilnehmer und Sänger auf den Festplatz des Johannistfestes, wo auf dem Platz für Leibesübungen weitere schlesische Volkslänze stattfinden.

Jetzt nicht rasten!

Parteigenossinnen und -Genossen!

Ihr trifft Euch am Donnerstag, 19.30 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses zur

SPD.-Mitglieder-Versammlung

Wichtige Tagesordnung!

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Nur noch heute und morgen um 6 und 8,30 Uhr:

„Liebesabenteuer auf Hawaii“

Ein deutscher Tonfilm, der uns aus den Luxushotels Nizias in den Urwald führt. Das Erleben eines jungen Millionärs mit einer Eingeborenen.

Dazu das reichhaltige Beiprogramm.

Achtung! Bitte genau beachten: Wegen anderweitiger Beteiligung des großen Saales bleibt unser Tonfilm von Donnerstag, den 9. Juni auf einige Wochen geschlossen. Die Wiedereröffnung wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Breslau-Deutsch Lissa

Heute Dienstag, findet bei Bülkel eine Versammlung des Volksbundes für Mutter- und Kindererziehung statt. Gen. Dr. Seidenberg spricht über ein gesundheitliches Thema.

Neues Engagement an der Oper

Für die kommende Spielzeit wurde Dr. Otto Freiherr v. Pasetti-Friedenburg aus Wien dem Breslauer Stadttheater als lyrischer Tenor verpflichtet.

Einzahlung von Gräbern

Auf den städtischen Friedhöfen Gräbern und an der Oswiger Straße sollen die seit der Entdeckung der Friedhöfe bis zum Schluß des Jahres 1931 angelegten Gräber im Freien sowie an der Friedhofsmauer und die gewöhnlichen Erdgräber (Gräbner), bei denen die vertraglichen Rechte erloschen sind, eingeebnet werden; sofern nicht bis zum 1. September 1932 Anträge wegen Weitererhaltung gestellt werden. Näheres ergeben die Anträge, die im Friedhofsbüro, sowie an den Eingängen zu dem Inspektionsbüro der Friedhöfe ausgehängt sind. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß das vertragliche Recht aller im Laufe des Jahres 1932 erworbenen Familiengrabstätten jetzt bei dem Pfarramt der im Ueberlassungsvertrage genannten Kirchgemeinde zu erneuern ist.

Katzenjagd ins schlesische Bergland!

Der Schlesische Verkehrs-Verein veranstaltet am kommenden Sonntag, den 12. Juni 1932 eine Fahrt ins schlesische Bergland. Abfahrt 6.30 Uhr Breslau, Tauentzienplatz (Schweidener) durch das Johannisgebirge nach Komau. Besichtigung der Ransburg und weiter nach Schloß Fürstentum (Besichtigung). Von dort über Einsiedel zur Schwabensburg (Besichtigung) und nach Polken (Besichtigung der Polkenburg). Weiterfahrt 16 Uhr nach Bad Salzbrenn. Rückfahrt 20 Uhr, Ankunft in Breslau gegen 22.30 Uhr. Preis 7,50 RM. für Hin- und Rückfahrt-Rumerichte Fahrkarten sind in der Geschäftsstelle des Schlesischen Verkehrsverbands, Gartenstr. 96. I. und Schwerdtfeger Straße 43 b (Ede-Hummerei), werktätlich von 8-19 Uhr (Telefon: 52421) zu haben.



Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 147-150
Telefon Nummern 500 00-500 01
Öffnet außer Sonntagen von 8-1 und 4-7 Uhr

Die Karten zur Kuttner-Versammlung sind heute noch abzurufen

Direktionskammer. Heute 19,30 Uhr sämtliche Direktions- und Stützpunkt-Vorkehrungen des Jahres. Mittwoch, den 8. Juni, Nachmittagsausflug nach Dieritz mit Kaffeestafel. Treffpunkt 14,45 Uhr Endstation Südpark. Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, bei Grundmann, Straßberg 72, Direktionskammer. Referent ist anwesend. Mittwoch, den 8. Juni, Ausflug der Frauen. Treffpunkt 10 Uhr Ostbahnhof. Beschlüssen der anderen Abteilungen willkommen. Mittwoch, den 8. Juni, Nachmittagsausflug der Genossen zusammen mit der Genossen des Direktions 3 nach Dieritz. Treffpunkt 15 Uhr Südpark, Endstation der Straßenbahn. Kinder mitbringen. Güte willkommen. Mittwoch, den 8. Juni, bei Krause, Karlowitz, Frauenkammerung. Redn.: Gen. Gabriel, Elternbeiratsmitglieder.

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten

Die Kundgebung der Abteilungen fällt aus. Wir beteiligen uns statt dessen an der Kuttner-Kundgebung. Mittwoch spricht Genosse Kuttner über „Arbeiterbildung“. Beginn pünktlich 20 Uhr im Zimmer 147 Gewerkschaftshauses.

Sozialistische Arbeiterjugend

Kollektive. Heute im Büro Abrechnung. Ganz besonders wird auch hier darauf aufmerksam gemacht.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell!

Zentralverband der Ungelehrten, Jugendgruppe. Heute 20 Uhr folgende Veranstaltungen der Helme stattfinden. Heim 1 (Zahnekranken 20/31). „Hullo! Hier Jugendtag Glad!“ Mit Regitationen, Lichtbilder. Referent: Kollege B. u. u. c. Heim 2 (Friedrich-Wilhelm-Straße 6). „Hullo! Hier Jugendtag Glad!“ (Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus) am Donnerstag, den 9. Juni, Besuchen der Funktionäre, die der SPD. angehören die Mitglieder-Versammlung der Partei, die um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfinden. Referent Heim 1, 4 und 5 Bewegungspunkte auf der Helme-Friedrich-Wilhelm-Straße. Heim 3 Abend-Tagung. Treffen 20 Uhr Nord-Br. Freitag, den 18. Juni, 20 Uhr, im Heim 1 Sprechprobe für den Jugendtag. — Abgang! Mitgliedsbeitrag für die Zeitschrift durch das Glaser Bergland in den Helmen.

Monteiliche Jugend

Heute 19,30 Uhr ist alles im Heim zur außerordentlichen Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Monatsplan, Sängungen, Uebersicht, unser nächstes Pünktlich erscheinen.

Freiheitsjugend

Heute 20 Uhr erscheinen alle in Jettelbusch Mitwirkenden zur Sängungen mitbringen.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Abteilung 2 (Schilling). Reichstag Donnerstag von 17 bis 19 Uhr. Heim. Musikgruppe Donnerstag ebenfalls im Heim. Jung- und Mädchen Freitag im Heim Arbeitsgemeinschaft. Abteilung 6 (Zimpf-Wilhelmsstraße). Montag 16 Uhr alle Parteien. Dienstag Arbeiterfreunde: eine Stunde nach dem Durch-Durchnehmen Reichstag Spielen und haben im Park. Freitag Jung- und Mädchen Freizeitspiel, danach im Luftbad. — Eltern, nehmt nicht die Geld-Versammlung am Donnerstag.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Oratorien: Heute 20 Uhr spricht im Zirkus Bala in einer Kundgebung der Eisenwerk Front der Handlungsbühne Kamerad Erich Rauten-Strittmiller zum Preise von 20 Pf. für Mitglieder, für Nichtmitglieder 35 Pf. zehrer. Plätze 1 Platz und 2 Platz, sind auf dem Büro des Reichsbanners bei Gebr. Borsch und Holtmann-Buchhandlung, Hauptstraße, zu haben. Oratorien: Johann und Wimpel, auch die der eingeweihten Banner, gehen heute 19,30 Uhr im Vorraum des Zirkus Bala. Hilfsmittel: Wir spielen heute von 18 bis 20 Uhr im Zirkus Bala. Abteilung 6: Der Versammlungsausschuss geht heute 18,45 Uhr Vorraum des Zirkusgebäudes.

Jede Genossin, jeder Genosse

ist verpflichtet, im Werbemonat mindestens ein neues Mitglied und einen neuen Zeitungsleser zu gewinnen. Eine Reihe von Genossen haben bereits drei bis vier Aufnahmen getätigt. Wer will absteits stehen?

Ober- und Grundwasser

Die Warnung des Polizeipräsidenten vor dem Genuß von gekochtem Oberwasser ist von einem Teil der Bevölkerung irrthümlicherweise so aufgefaßt worden, als ob auch der Genuß von Trinkwasser aus den öffentlichen Leitungen mit Gefahr verbunden sein könnte, da dieses angeblich mit Oberwasser untermischt sei. Hierzu erklärt die Direktion der städtischen Wasserwerke, daß einer derartige Befürchtung völlig unberechtigt ist, da Oberwasser dem Trinkwasser nicht beigegeben wird, vielmehr ausschließlich aus Grundwasser bereit wird. Die Warnung des Polizeipräsidenten bezieht sich demnach nicht auf die Trinkwassererzeugung durch die städtischen Wasserwerke.

Der Bedarf an Polizeiarbeitern

für den 1. Oktober 1932 wird aus der Zahl der schon jetzt vorliegenden Bewerbungsgesuche vollaus gegeben. Weitere Bewerbungen für diese Einstellungstermin sind daher auszu-schließen.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer
Recht wichtig scheint am Dienstag um 18,30 Uhr die „Stunde der Medizin“ zu sein, in der Dr. Rudolf Raß über Körperliche und geistige Hygiene der berufstätigen Frauen sprechen wird. Am Abend übernimmt der Schlesische Rundfunk um 21 Uhr aus Frankfurt eine musikalische Veranstaltung zum dem Thema: „Unbekannter Donizetti Mascagni und Verdi“.

Verlangen Sie auch beim Nachfüllen von MAGGI'S Würze

Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI-Suppen und MAGGI-Reischbrühwürfel, gibt es Gutscheine.

MAGGI-Gutscheine!

Beinahe ein Justizmord?

Ist der Maurer Marzék ein Mörder?

Am 10. Dezember 1924 wurde der Maurer Josef Marzék, 36 Jahre alt, vom Schwurgericht in Oppeln wegen Ermordung seines Vaters zum Tode verurteilt.

Dieser Fall hat wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt, und für seinen Mandanten außerordentlich warm eingestimmt. Die vielseitigen Gründe für die Unschuld des „Vatermörders“ hat das preussische Justizministerium hat sich diesen Gründen nicht verschließen können und hat daher nunmehr Marzék, der zunächst zu lebenslanglichem Zuchthaus, später zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt worden war, Strafaussetzung hinsichtlich der Haftstrafe ab 16. Juni dieses Jahres mit einer vierjährigen Bewährungsfrist bewilligt.

Die Entlassung erfolgt nach einer Verbüßung von 7 1/2 Jahren Zuchthaus. Jeder Kenner der preussischen Gnadenpraxis wird daraus erkennen, daß der Fall Marzék tatsächlich außerordentlich angreifbar sein muß, wenn der zum Tode verurteilte Vatermörder nach 7 1/2 Jahren Zuchthaus entlassen wird.

Der Vater Marzék war ein Trinker. Am 9. Juni 1924 war er völlig betrunken nach Hause gekommen, im Hof zusammengebrochen und eingestürzt. Die Söhne sperren ihn ein, wie das mit dem Betrunknen öfters getan hatten. Am nächsten Morgen in aller Frühe, als die Söhne sich zum Wehen begeben wollten, kam der Vater in die Küche, gab das Versprechen, nicht mehr Schnaps zu trinken und ging in die Scheune. Um 4 Uhr morgens hörte man einen Schuß aus der Scheune. Als die Söhne hinzukamen, fanden sie den Vater auf dem Rücken liegend durch einen Schuß getötet. Das Verdächtige war, daß die Söhne als Todesurache Alkoholvergiftung angaben und dann erst Selbstmord. Josef, der später Verurteilte, bestritt, der Wahrheit zuwider, daß auf dem Gehöft ein Gewehr war. Die ärztlichen Gutachten stellten den Einbruch im Rücken, den Ausschuß in der Brust fest und das Urteil des Schwurgerichts lautete daher: Selbstmord unmöglich, der Vater sei von hinten erschossen worden. Der mitangeklagte Bruder Johann wurde freigesprochen.

Josef Marzék beteuerte von Anbeginn seine Unschuld. Der Breslauer Sachverständige Prof. Georg Strachmann prüfte später den Fall genau, stellte schwere Unterlassungslücken fest und erklärte es als wahrscheinlich, daß der Schuß von vorne abgegeben worden sei. Was Landgericht verwarf den Wiederantragsantrag trotz aller guten Gründe und trotz dieses Aufsehens erregenden Gutachtens. Landgerichtsdirektor Heimig, durch das in der Fachpresse veröffentlichte Strafmannsche Gutachten aufmerksam gemacht, studierte das gesamte Material und erließ ein umfangreiches Gutachten. Ergebnis: nichts spricht gegen den Selbstmord, im Gegenteil viele Argumente dafür. Trotz dieses sensationellen Vorganges wurden alle Wiederaufnahmeanträge abgelehnt und der Verteidiger mußte schweren Herzens versuchen, im Gnadenwege die Korrektur herbeizuführen. Trotzdem ist zu hoffen, daß auch die Frage, ob hier ein Unschuldiger sieben Jahre im Zuchthaus verbracht hat, noch einmal vom Gericht geprüft werden kann.

Nazi provozieren

und Reichsbanner steht vor Gericht

Am vergangenen Freitag begann vor dem Döbber Schwurgericht ein Prozeß, der die Vorgänge am frühen Morgen des 13. April vor dem Döbber Volkshaus behandelte. Angeklagt waren zwei Reichsbannerkameraden. Die Beweisaufnahme zog sich bis zu 49 Zeugen und zwei Schlichterentscheidungen zu hören waren, bis in die Abendstunden hin.

Im Volkshaus war an jenem Tage, da Weberschlag befürchtet wurde, eine Reichsbannerwache untergebracht. Gegen 8 Uhr rückte ein Trupp Nazis an, aus dem heraus den Reichsbannerkameraden zugerufen wurde: „Verfluchte, rote Schweine, euch sollen wir heraus!“ Danach verließen sie das Volkshaus zu Fuß. Der Angeklagte Günther sah sich bedroht, zog einen Revolver und schob in die Luft, worauf die Nazis erneut durch Trillerpfeifensignale angefeuert wurden. Am zweiten Verhandlungstage des Prozesses wurde festgestellt, daß auch die Nazis bewaffnet waren; es wurde auch ein Nationalsozialist, der einen Dolch versteckt wollte, beobachtet. Oberstaatsanwalt Dr. Donner verurteilte in seinem Plädoyer die Nazi-Bürgerkriegsgarde zehnjährigen und beantragte bei Günther wegen verurteilten Tatbegriffes, wegen Vergehens gegen Bestimmungen über Führen und den Besitz von Waffen unter Zustimmung mildernden Umstände ein Jahr, sechs Monate Gefängnis, gegen den mitangeklagten Buchare wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz sechs Monate Gefängnis, bei Strafaussetzung nach drei Monaten. Das Gericht sprach B. frei. Er erhielt zehn Monate Gefängnis. In der Begründung stellt das Gericht fest, daß 15 bis 20 Reichsbannerleute etwa 40 bis 50 Nazis gegenüber getauert haben. Von den Nazis sei zweifellos Hausfriedensbruch begangen worden. Das Gericht glaubte jedoch, daß Schüsse zur Abwehr nicht nötig gewesen seien.

In den Abendstunden hatten sich vor dem Gerichtsgebäude Naziangehörige angeammelt, die unsere Kameraden beim Verlassen des Gerichtes erneut zu provozieren suchten.

Spartassen und Giroverband

bleiben freier fest

Dieser Tage hielten der Niederschlesische Spartassenverband und der Kommunal-Giroverband Niederschlesien gemeinsam ihre 18. ordentliche Verbandsversammlung im Provinzial-Landtagssaal im Landeshaus ab. Der der Verbandsversammlung vorgelegte Bericht über die Entwicklung der Niederschlesischen Spartassen im Jahre 1931 und über die Tätigkeit der Verbandsgeschäftsstelle behandelt in erster Linie die Wirtschafts- und Finanzlage des Jahres 1931, von der auch die öffentlichen Spartassen betroffen wurden.

Die Krisenwirkung für die Spartassen zeigt sich am deutlichsten bei der Spareinlagenentwicklung. Während die Jahre nach der Inflation einen stetigen Spareinlagenzuwachs brachten, der sich zwischen 17 und 89 Millionen Reichsmark jährlich in Niederschlesien belief und der sich auch noch in den Monaten Januar bis Mai 1931 fortsetzte, hat das Jahr 1931 im ganzen selber einen Einlagenverlust von fast 19 Millionen Reichsmark gebracht. Dieser Einlagenrückgang macht 8,2 Prozent des Spareinlagenbestandes von Ende Mai 1931 aus. Erklärlicherweise bleibt Niederschlesien mit diesem Prozentrückgang weit unter den Durchschnittswerten von Reich und Preußen. So bedauerlich dieser Einlagenverlust an sich auch ist — wobei nicht übersehen werden darf, daß die rückläufige Einlagenentwicklung zu einem guten Teile durch Not und Einkommensminderung bedingt ist — so ist — wie in dem Bericht hervorgehoben wurde — andererseits doch erfreulicherweise mit der Niedrigung festzustellen, daß sich die Spartassen als besonders widerstandsfähig erwiesen haben. Am Schlusse des Berichtsjahres vermittelten die niederschlesischen Spartassen rund 380 Millionen Reichsmark Spareinlagen und rund 48 Millionen Reichsmark Depositen-, Giro- und Kontokorrente.

Erster Bürgermeister Dr. Kolb's Sagen, hervorgehoben anschließend über die Verbandsresolutionen im Berichtsjahre. Unter das Geschäftsergebnis der Kommunalbank für Niederschlesien und der öffentlichen Baukapitale für Niederschlesien referierte und lehrer Direktor Probst. Die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen sowie die vorgelegene Bilanzentwicklung wurde genehmigt. Die Beschlüsse wurden zum Schluß ein Antrag auf Ergänzung und Erziehung des bernachlässigten Spartassen-

personalen“ von dem Leiter der Deutschen Sparkassensysteme Hannover, Dr. Kocke, von der Versammlung entgegengenommen. genommen.

Unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit

fordern die schlesischen Hausbesitzer

Der Verband Schlesischer Haus- und Grundbesitzer hielt am Sonnabend und Sonntag in Freiburg seinen Verbandstag ab. Auf der Haupttagung am Sonntagmorgen sprach nach Begrüßungsansprachen Rechtsanwalt Dr. Reichs-Breslau über „Wirtschaftskatastrophen und der Hausbesitz“. Er forderte nach altem bekanntem Ressort die völlige Wiederherstellung der alten Wirtschaftsfreiheit und aller über das vernünftige Maß hinausgehenden Sonderbestimmungen.

Rechtsanwalt Dr. Stanina-Breslau referierte über „Notverordnungen und Hausbesitz“ und forderte seinerseits Vermeidung jedes Eingriffs in das freie Vertragsrecht, Wiederherstellung der freien Wirtschaft unter „Ausschluß eines sogenannten sozialen Mietrechts“ und Rückführung der Besteuerung in tragbare Grenzen.

Bezirkskonferenz

des Bezirks Mittelschlesien der G.D.

am Sonntag, den 19. Juni 1932, vormittags 10 Uhr, im Zimmer 12/14 des Gewerkschaftshauses. Einziger Tagesordnungspunkt:

„Die Reichstagswahlen“

Mit beschließender Stimme sind teilnahmeberechtigt: Der Bezirksvorstand, die Kreisvorsitzenden und die Parteiführer. Gäste haben, soweit Platz vorhanden, Zutritt. Parteimitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Der Bezirksvorstand.

Aus der Umgebung

Gott hat ihn gelandt

In Rantk und Umgebung erzählten die nationalsozialistischen Landwirte neuerdings ihren Arbeitern und Hausbediensteten, daß Adolf Hitler — von Gott gelandt sei. Umgeben will man so auf die katholische Bevölkerung Eindruck machen. Ein erwerbsloser Genosse überlebte uns aus diesem Anlaß folgenden launigen poetischen Versuch:

Als die Welt ehrt wolle, die Sünden betrauen,

Sagte Gott sich, hier muß doch etwas geschehen.

Und er schickte voller Jozn und Mut-

Der Menschheit die verheerende Sündenflut.

Doch nicht lange — da kam wieder die Zeit,

Daß die Welt mußte werden von Sünden befreit.

Darum sandte er seinen lieben Sohn,

Nun zu opfern sich für die Frevel von Babylon.

Die Menschheit jedoch kümmert sich wenig um Gott,

Sie hatte für ihn nur Hohn und Spott;

Darum schickte er später den Martin Luther

und die Welt schwamm wieder wie früher in Butter.

Doch der Krieg hat die Welt dermaßen verkratzt,

Daß sie wieder in ihren Grundfesten bedroht,

Drum predigen die Nazis den Proleten von Rantk:

„Adolf Hitler sei nun von Gott gelandt!“

Brodau. Wie Dr. Hauser die Zinsnechtigkeit bricht. Die Nazi-Partei fordert oder besser gesagt forderte bekanntlich die „Brechung der Zinsnechtigkeit“. Wie das in der Praxis aussieht, zeigt das Beispiel unseres Nazi-Lieferanten Dr. Hauser, der dieser Tage eine Hypothek von der Gemeinde zurückgekauft erhielt, das Geld aber nicht etwa bei der Gemeinde sparlos, sondern bei der Deutschen Bank deponierte. Die D. B. zahlt nämlich 1 Prozent mehr Zinsen und die Brechung der Zinsnechtigkeit steht doch vorläufig nur im Programm, nicht etwa im Regierungsprogramm der Nationalsozialisten.

Steine. Auch ein Klammertämpfer. Der Kommunist Jappe suchte am Sonntag mit unzerem Genossen U. im Birnschlag Streit, wobei er nach einem kurzen Wortwechsel nach dem Messer griff. Genosse U. konnte nicht mehr wehren und entließ ihm das Messer. Jappe aber drohte: „Warte nur, heute oder morgen, dann bist du erledigt!“ Kurz darauf wurden bei U. zwei Schüsse in die Wohnung gefeuert, von denen einer in der Kopfwunde des Bettes und der andere im Sofa steckenblieb.

Hürkenau, Rrs. Neumarkt. Erfolgreiche Besatzung. In einer öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratie sprach Genosse Kränkel, Breslau unter allgemeinem Beifall über die „Entscheidungsstände in Deutschland“. Nach einem gemeinsamen Schlußbeschluss konnte Genosse Hofmann die Veranstaltung, die der Partei 10 neue Mitglieder gebracht hatte, schließen.

Sozialdemokratische Partei

Unterstabs Breslau-Land-Neumarkt-Nimptsch Sekretariat: Mangartenstraße 12, Gartenhaus (Strom), Zimmer 117—118 Telefon 9900, 9901 Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch Freitag von 9—12 a 16—19 Uhr

Secran. Unsere fällige Frauenversammlung fällt am Dienstag aus. Näheres wird an dieser Stelle später mitgeteilt.

Schneif. Unsere am Dienstag, den 7. Juni, fällige Mitgliederversammlung fällt aus.

Brodau. Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend sprach Genosse Hans Stephan über „Das Sozialprogramm“. Erheimt mündlich am 20. Uhr.

Grünhau. Mittwoch, 8. Juni treffen die Besätze an Gemeindebau, Pfeiffer und Kundlicher helfen bringen die Schulbücher und Präziant mit.

Schneif. Donnerstag, den 9. Juni, im Sonntag, 20 Uhr. Mitgliederversammlung. Es ist nicht aller Mitglieder, sämtlich und vollständig zu erscheinen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Politische Nachrichten

Die Volkskonservativen verzichten

Sie wollen sich nicht mehr an den Wahlen beteiligen

Eine Führertagung der Volkskonservativen Vereinigung, die bisher im Reichstag durch die Abgeordneten Westarp, Treptanus, v. Lindbner, Wildau und Lambach vertreten war, hat am Montag beschlossen, sich als außerparlamentarische Gemeinschaft mit ihrem Namen und ihrer Organisation bei Parlamentswahlen nicht einzulassen. Den örtlichen Gremien der Vereinigung soll es jedoch überlassen bleiben, Führungsnahme mit parlamentarischen Parteien für den Wahlkampf aufzunehmen.

Frankreich und die Hilfsaktion für Oesterreich

Paris, 6. Juni (Eigener Drahtbericht)

Die Regierung Herriot sieht sich schon zu Beginn ihrer Tätigkeit vor schwierige finanzielle Entscheidungen gestellt. Vorher dem 250-Millionen-Kredit, den die polnische Regierung beantragt hat, hat der österreichische Gesandte Grünberger in persönlichen Unterredungen, die er am Sonntag und Montag mit Herriot und dem Finanzminister Germain-Martin hatte, um die Zustimmung und Beteiligung Frankreichs an der von der Konferenz der Regierungen der österreichischen und Mitglieder des Finanzausschusses des Völkerverbundes empfohlenen Hilfsaktion für Oesterreich gebeten. Gewünscht wird eine Summe von 150 bis 200 Millionen Schilling.

Verschiedene andere Länder, wie England, Italien, Schweiz, Holland und Belgien haben bereits ihre prinzipielle Zustimmung gegeben, während Frankreich dazu infolge der Regierungskrise noch nicht imstande war. England will allerdings keine neuen Mittel zur Verfügung stellen, sondern den Nationalbank von Oesterreich gewährten 100-Millionen-Schilling-Kredit als diesen Betrag angesehen wissen. Die französische Regierung steht diesem Kreditverlangen prinzipiell nicht ablehnend gegenüber, befindet sich aber infolgedessen in einer unangenehmen Lage, als die radikale Partei in der Wahlkampagne gegen die von der Regierung Tardieu-Flandin erteilten verschiedenen mitteleuropäischen Ländern gewährten Anleihen Stellung genommen hat. Die Regierung sucht daher nach einer Formel, die ihre außenpolitischen Pflichten mit den notwendigen Garantien in Einklang bringt. Außerdem soll sie den Wunsch haben, daß die Hilfsaktion nicht nur Oesterreich, sondern auch den anderen notleidenden Nachbarstaaten zugute kommt und daß mit ihr ein wirtschaftlicher Wiederaufbauplan verknüpft wird.

Paris, 7. Juni. (Eig. Funkenbericht.)

Wie das „Echo de Paris“ meldet, ist in dem gestrigen Kabinettsrat noch kein Beschluß über die Beteiligung Frankreichs an einer Hilfsaktion zugunsten Oesterreichs gefaßt worden. Der Finanzminister ist beauftragt worden, einen Bericht auszuarbeiten, der bei der nächsten Gelegenheit vom Kabinettsrat geprüft wird. Derzeitigen Zeitung zufolge will der Finanzausschuß des Völkerverbundes, um die Zustimmung Frankreichs zu erleichtern, einen Kredit vorzuschlagen, der Oesterreich in mehreren Teilbeträgen von geringer Höhe gewährt werden soll.

Schon Gegenevolution in Chile

Newyork, 6. Juni. (Eig. Draht.)

Aus Santiago de Chile wird gemeldet, daß in Südchile gegen die am Sonntag neu gebildete Regierung eine Gegenevolution ausgebrochen ist. Mehrere Garnisonen sollen sich der Gegenevolution angeschlossen haben.

Eltern, vergesst es nicht! Sonntag sind Elternbeiratswahlen. Wählt Eifre Schulaufbau

Wasserstand		Wasserstand			
	7. 6.	6. 6.	7. 6.	6. 6.	
Kettbohr	1,80	1,80	Kanonen (Unter-Pegel)	2,32	2,24
Kette (Stadt)	0,02	0,40	Dübenerbuh	1,87	1,58
Steigmünd. (Unt.-Pegel)	1,80	1,62	Zufußmenge festunlich		94
Brieg (Wallenfrank)	2,13	2,15	Jüßtenberg dom 6. 6.	91	
Zickeln	0,94	0,98	Wasserwärme + 17,6.		

Kongresse, Theater, Vergnügungen

Stadtheater. Heute 20 Uhr Spiel aber Ernst: mit den Damen Hüter, Kallner und den Herren Hüter, Planz und Singer. Ingegnierung: Werner Jacob. Musikalische Leitung: Karl Adler. Dann: „Coppelia“. Ballet von Delibes. Morgen 18 Uhr (Abonn.-Verk. B 18) „Erikan und Jolche“. Donnerst. 20 Uhr (Abonn.-Verk. D 18) „Die verlaute Frau“. Freitag 20 Uhr (Abonn.-Verk. C 17) „Jaz und Zimmermann“. Sonnabend 20 Uhr „Der Weltkaiser“. Die für Sonntag angelegte Premiere von „Rache“ muß infolge anhaltender harter Jubiläumsposition von Richard Groß erneut verschoben werden. Zur Aufführung gelangt in vollständiger Ausgestaltung Jesses Operette „Schwarzwaldmäde“. Die Hauptpartien sind besetzt mit den Damen Geisler, Glas, Rünze, Lang, Kiedner, und den Herren Knaub, Demald, Kala, Rudow, Schmidtman und Wischmal.

Städtische Konzert der Schlesischen Philharmonie. Heute 20 Uhr Südpark. Konzert unter Leitung von Hermann Behr. Aus dem Programm: Sibelius: 5. Sinfonie. 1. Satz. Einleitung Nr. 2 in D-dur. 3. Satz: zweite ungarische Rhapsodie. Wagner: Operette zu „Der fliegende Holländer“. Jubiläumskonzert: Knauer's Marsch. Eintritt 0,50 RM. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt.

Mittlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieter

(Nachdruck aus dem Auswahlsange verbunden) Die jetzt zwischen Luftmassen verschiedener Herkunft verläuft noch immer der Oberrheinische Hochdruck nach Norden. Die von Norden vordringenden kalten Luftmassen aktiveren Ursprungs können die an den Subtrien und geben zu verbreiteten Niederschlägen Veranlassung. Die Temperaturen gehen allgem. abwärts.

Meteorologische Beobachtungen für die Zeit vom 6. bis 8. Juni 1932. Die Lufttemperatur ist zu hoch, die Luftfeuchtigkeit ist zu gering. Die Luftdruck ist zu hoch. Die Windrichtung ist zu stark. Die Wolkendeckung ist zu hoch. Die Bewölkung ist zu hoch. Die Sichtweite ist zu gering. Die Lufttemperatur ist zu hoch. Die Luftfeuchtigkeit ist zu gering. Die Luftdruck ist zu hoch. Die Windrichtung ist zu stark. Die Wolkendeckung ist zu hoch. Die Bewölkung ist zu hoch. Die Sichtweite ist zu gering. Die Lufttemperatur ist zu hoch. Die Luftfeuchtigkeit ist zu gering. Die Luftdruck ist zu hoch. Die Windrichtung ist zu stark. Die Wolkendeckung ist zu hoch. Die Bewölkung ist zu hoch. Die Sichtweite ist zu gering. Die Lufttemperatur ist zu hoch. Die Luftfeuchtigkeit ist zu gering. Die Luftdruck ist zu hoch. Die Windrichtung ist zu stark. Die Wolkendeckung ist zu hoch. Die Bewölkung ist zu hoch. Die Sichtweite ist zu gering.

Bahn frei für den Sozialismus!

Volk, entscheide!

Reichstag aufgelöst!

Das Kabinett der Barone zieht in den Wahlkampf

Der Reichstag ist aufgelöst!

Das Reichskabinett von Papen, das Kabinett der Barone, konnte mit diesem Reichstag nicht regieren. Darum hat es ihn aufgelöst — gegen die Sozialdemokratie und gegen das Zentrum! Das Kabinett der Barone will einen Reichstag haben, in dem mehr Nationalsozialisten sitzen aber weniger sozialdemokratische und christliche Arbeitervertreter.

Das Kabinett von Papen ist die erste Frucht der nationalsozialistischen Wahlsiege. Je mehr Nationalsozialisten gewählt werden, desto größer wird der Einfluß der Großgrundbesitzer, der Schwerindustriellen, der Generale, der Adligen, desto geringer wird der Einfluß der Arbeiter, der Angestellten und Beamten, der Bauern, des Mittelstandes, kurz, des „gewöhnlichen Volkes“.

Werden bei den kommenden Reichstagswahlen noch mehr Nationalsozialisten gewählt, so wird es noch mehr Barone als Minister geben und noch weniger Brot und noch mehr Steuern für das „gewöhnliche Volk“.

Großgrundbesitzer und Adlige, schwerindustrielle Scharfmacher und Großkapitalisten treten jetzt offen als Förderer und Nutznießer der nationalsozialistischen Bewegung hervor. Sie wollen Rache an der Sozialdemokratie, die sie ihrer privilegierten Stellung beraubt und dem „gewöhnlichen Volk“ politische Rechte erkämpft hat. Sie wollen das Tarifrecht zertrümmern und wieder Herr im Hause sein! Sie wollen zurück zu den Gesindeordnungen, die ihnen erlaubten, ihre Landarbeiter zu prügeln. Sie wollen die Gewerkschaften zer schlagen, damit die Arbeiter ohne Vertretung sind! Dazu brauchen sie die Nationalsozialisten!

Seit Jahr und Tag ergießt sich eine Schlammflut von Lüge und Verleumdung über die Sozialdemokratie. Das Stichwort „Schuld hat die SPD.“ ist in den Kontoren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ausgeheckt. Die Presse der Rechtsparteien und der Kommunisten hat es begeistert aufgenommen. Sie hat gegen die Sozialdemokratie den parteipolitischen Bakterienkrieg organisiert. Nichts Uebles kann in der Welt passieren, das nicht auf „die Schuld der SPD.“ zurückgeführt wird. „Schuld hat die SPD.“, das ist das Zauberwort, mit dem man die Hirne aller politisch Unwissenden verkleistert, mit dem man alle Rätsel löst, alle Zusammenhänge erklärt, alle Probleme meistert. Wie man im Mittelalter alle unangenehmen Dinge den Teufeln, Hexen und bösen Geistern zuschrieb, so hat jetzt die SPD. an allem Schuld.

Die Verbreitung des Aberglaubens wird von niemandem eifriger betrieben als von Adolf Hitler und seiner Partei. Finanziert aber wird der Lügenfeldzug von entthronten Fürsten, die überreiche Abfindungen erhalten haben, von bankrotten Großgrundbesitzern, die die öffentlichen Kassen zu ihrer Sanierung in Anspruch nehmen, von Konzernen und Banken, die aus staatlichen Mitteln gestützt werden. Das Volk soll nicht erfahren, daß kaiserliche Mißwirtschaft in den Abgrund des Krieges und der Niederlage geführt hat, daß die Großen schamlos die Mittel der Kleinen für sich in Anspruch nehmen. Es soll nicht begreifen, daß das kapitalistische System der wahre Schuldige an allem Uebel dieser Zeit ist, denn würde das Volk das begreifen, dann würde es der Sozialdemokratie Recht geben, die das kapitalistische System und die kapitalistische Interessentenwirtschaft auf das Schärfste bekämpft.

Die „Nationalsozialisten“ aber, das sind die „Sozialisten“, wie das Großkapital sie sich wünscht. Die Partei Hitlers, das ist die „Arbeiterpartei“, wie die Düsseldorf-Industriellen sie sich schon immer vorgestellt haben. Borne die Prinzen, Fürsten, Grafen, Generale und Kommandanten, dann lange nichts und ganz am Schluß die Arbeiter. Was daraus wird, wenn diese „Arbeiterpartei“ Zulauf findet, dafür liefert das Kabinett der Barone die erste Probe.

Sie wird nicht die letzte sein, sondern viel schlimmere wer-

den folgen, wenn das Volk nicht rechtzeitig erwacht und sehend wird.

Das Kabinett der Barone hat den Reichstag aufgelöst. Es will noch niedrigere Löhne und elendere Unterstüßungen für Arbeitslose, Kriegshinterbliebene, Alters- und Invaliden-

rentner, noch mehr Schutzzölle, noch mehr Steuern — — — dazu braucht es im Reichstag mehr Nationalsozialisten!

Begreift ihr endlich, was da gespielt wird? Dann gebt die Antwort!

Wählt sozialdemokratisch

Es lebe der Kampf!

Schlagt die Reaktion! — Bahn frei für den Sozialismus!

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat einen Wahlauftrag erlassen, in dem es heißt:

Die Reaktion hat ihre Karten aufgedeckt!

Durch eine Intrige ostpreussischer Großgrundbesitzer und ehrgeiziger Generale ist das Kabinett Brüning gestürzt worden, nachdem es wenige Wochen zuvor im Reichstag mit einer Mehrheit von 30 Stimmen gestützt wurde.

Das neue Kabinett nennt sich „Kabinett der nationalen Konzentration“. In Wahrheit ist es ein „Kabinett der reaktionären Konzentration“. In diesem Kabinett sammeln sich die wirtschaftlich und politisch reaktionären Mächte Deutschlands.

Bezeichnend ist schon das äußere Bild: die übergroße Mehrheit der Kabinettsmitglieder entstammt dem Adel. Bürgerliche Namen sind nur ganz vereinzelt anzufinden. Kein Arbeiter gehört dem Kabinett an. Auch der Mittelstand ist ausgeschaltet.

Dies Kabinett der „nationalen Konzentration“ ist die erste Reichsregierung seit 1918, in der die organisierte Arbeitnehmerschaft, in der die Gewerkschaften der Arbeiter, Ange-

stellten, Beamten, ganz gleich welcher Richtung, ohne jede Vertretung geblieben sind.

Mit dem Sturz der Regierung Brüning soll die Bahn gemacht werden:

für die Aufhebung des Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung, d. h. für die Befreiung der gesamten Arbeitslosenversicherung durch die Wohlfahrtspflege;

für die Beseitigung eines bindenden Tarifvertragsrechtes, d. h. für die Herabsetzung der Löhne der größten Wählsab.

Das ist nicht alles! Zer schlagen werden soll durch den Sturz Kabinetts Brüning das Projekt der Arbeitsbeschaffung im Wege einer aufzuliegenden Prämienanleihe. Zer schlagen werden soll der Plan einer großzügigen Befriedung des bankrotten und mehr sanierungsfähigen ostpreussischen Großgrundbesitzes.

Zu den wirtschaftlichen Gründen kommen die politischen durch die Krisenpanik und die Kopflosigkeit eines Teils der Bevölkerung genährten reaktionären Hoffnungen sollen erfüllt werden indem das Steuer des Reichs nach rechts gedreht wird.

Diesen Plan der Reaktion zu durchkreuzen ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterklasse, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Es besteht hierzu auch die volle Möglichkeit, wenn die Arbeiterklasse das Experiment der Reaktion rücksichtslos entlarvt!

Es kommt nun darauf an, daß der kurze Zeitraumbis uns voraussichtlich bis zu den Reichstagswahlen bleiben wird, ausgenutzt wird, um auch die von Kommunisten und Nazis irreführenden Teile der Arbeiterschaft in die Front der Sozialdemokratie gegen die Reaktion zurückzuführen. Das gilt namentlich von jenen Verbildeten und Irreführten, die sich jahrelang von den Kommunisteneinreden ließen, daß die Sozialdemokratie der „Hauptfeind“ sei!

Der alte Kampfgeist der Sozialdemokratie lebt! Für uns gibt es keinen Kleinmut und keine Entmutigung!

Vergebens sucht die Kapitalistenklasse Deutschlands beim Sozialismus ihre Rettung. Alle Fiktion der kapitalistischen Heilung wird vergeblich bleiben. Der Umbau der verfallenden Wirtschaftsordnung mit dem Ziel sozialistischer Gemeinwirtschaft ist zur Bewältigung bereit. Die Macht der Monopole muß gebrochen, Einfluß des Staates auf Warenerzeugung, Warenverteilung, Bauplan und Kreditwesen vergrößert werden. Beschäftigung und Verfügungsgewalt öffentlichen Geldes müssen erweitert werden, um die Grundbedingung der Planmäßigkeit der Gesamtwirtschaft zu schaffen.

Der Ausweg aus Krise, Not und Elend ist der Weg zum Sozialismus.

In diesem Geiste werden wir kämpfen und siegen. Es lebe der Kampf! Es lebe die Sozialdemokratie!

Kampf!

Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt:

Der Sturz der Regierung Brüning, der außerhalb des Parlaments durch unverantwortliche Ratgeber des Reichspräsidenten herbeigeführt worden ist, eröffnet eine außerordentlich schwere innen- und außenpolitische Krise.

Die Art der Bildung und Zusammensetzung der Reichsregierung ist gegen das Volksinteresse und gibt keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik, insbesondere der Rechte der Arbeitslosen. Zugleich ist die Führung einer Außenpolitik gefährdet, die zu einer Wiederherstellung des Vertrauens und der notwendigen internationalen Zusammenarbeit führt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist entschlossen, gegen alle sozialreaktionären Anschläge, gegen alle inflationistischen Experimente und gegen alle Angriffe auf die Verfassung und die Demokratie den Kampf zu führen.

steht der sich bildenden Regierung mit schärfstem Mißtrauen gegenüber und wird daraus alle parlamentarischen Konsequenzen ziehen.

Schafft sozialistische Aufklärung!

Werbt für eure Zeitung

Die Luft bekommt Balken

Fliege sturzicher mit dem Windmühlen-Flugzeug

Beim Derby in Epson, der trotz aller Krise größten öffentlichen Senkation des Jahres, hat die Postzeit einen interessanten Versuch durchgeführt; der Verkehr, insbesondere das unerschöpfliche An- und Abfluten der Autoströme, wurde vom Flugzeug aus geregelt. Das diese modernste aller Methoden der Verkehrsregelung sich bewährt hat, wird in erster Linie auf die Bedeutung eines für derartige Zwecke ohne Zweifel hervorragend geeigneten Flugzeugtyps zurückgeführt. Die Polizei bediente sich nämlich mehrerer Windmühlenflugzeuge, wie sie in Deutschland noch fast unbekannt sind. Das Windmühlenflugzeug ist heute so langsam wie ein gewöhnliches Auto; es kann schnell und langsam fliegen, vor allem aber — und das war in Epson von besonderer Wichtigkeit — fast senkrecht starten und landen.

Am Sonnabend hat der Erfinder des durch Zeitschriftenbilder und Filmwunderschauen bereits populären Windmühlenflugzeuges, der spanische Pilot de la Cierza, seine eigenartige Maschine zum erstenmal auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof vorgeführt. Man pflegt die erste Demonstration irgendwelcher „Fortritte der Technik“ oft pathetisch zu verkünden. Hier war es doch in jeder Bedeutung des Wortes wirklich etwas wie „ein erhabenes Moment“, als „G-M-B-W“ vor den erstaunten Zuschauern geradezu senkrecht in die Höhe stieg, die Luft teils mit 60 Kilometer Geschwindigkeit durchlief, dann mit etwa 100 Kilometer durchturbelte, Kurven zog, wie sie kein Chauffeur aller Herabkunft, und schließlich sanft, aber fast senkrecht wieder Erde zurückkehrte. Die Herren Luftkapitäne machten große Augen.

De la Cierza erklärte seine Maschine im einzelnen; die Motoren, die Windmühlenflugzeuge herzustellen — in Deutschland sind es die Götter-Wulff-Werke — beschränken sich vorläufig auf die Herstellung von Zweitstern. Aber sonst unterscheiden sich die neue Flugzeugtypen rein konstruktiv von den üblichen Sportflugzeugen ganz wesentlich. Die Seitentragsflächen sind zu Gliedern zusammengeschraubt, die im wesentlichen nur steuerliche Funktionen zu erfüllen haben. Die Träger sind nach oben gewandert; der dem Führer ist in Kardangelenten ein dreiteiliger ziemlich langer Dreiflügel angebracht. Der Antrieb des Dreiflügels geschieht beim Start in Verbindung mit Motor und Propeller. Wenn der Dreiflügel auf 130 Touren gebracht ist, erfolgen die weiteren Umdrehungen in Eigenbewegung durch Luftdruck. Die nächste Tourenzahl beträgt 170. Das Flugzeug, das in erster Linie für Reisezwecke gedacht ist, erreicht bequem eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 160 Kilometer pro Stunde, unter günstigen Umständen von 195 Kilometern. So schnell fährt man mit anderen Flugzeugen natürlich auch — aber wohl doch nicht so geradlinig.

Denn wenn der Motor ausfällt, ist das ohne Tragik. Das Windmühlenflugzeug ist gewissermaßen sein eigener Fallschirm. Die amerikanischen Versicherungsgesellschaften versichern Fahrer von Windmühlenflugzeugen daher um 40 bis 60 Prozent billiger als Fahrer von gewöhnlichen Sportmaschinen. Und die amerikanische Luftpolizei gibt für ihre Reiter auf „Windmühlflügeln“ besondere Führerlizenzen aus, einen „Führerlizenzen B.“ etwa. . . . So fängt also wieder eine alte Utopie an, ihre ersten jungen Anhänger in die Wirklichkeit zu strecken: der Luft-Autobus, zweiflügelig gleich „Lufthaus“ genannt, wird wahr. Man fährt sicher in der Straßenbahn, und die nächste Generation braucht schon keinen Flugplatz mehr, sie landet auf den Dächern ihrer Häuser, denn sie nicht aus Mangel an Kleingeld zu Fuß zu gehen gezwungen sind.

Bienen verhungern

Noch im Dezember 1930 wurden in Deutschland etwas mehr als zwei Millionen Bienenstöcke bei den verschiedenen Züchtern gezählt. Am 1. Dezember 1931 war die Zahl jedoch auf rund 1,8 Millionen zurückgegangen. In Bienenzuchtkreisen war man sich darüber klar, daß man mit einem noch weiteren Rückgang zu rechnen hatte. Heute unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die wüthende Bienenzucht in den letzten Wintermonaten einen ersten Rückschlag erfahren hat, der sie aller Voraussicht nach auf den tiefsten Stand der ersten Jahre nach der Inflation zurückwerfen hat.

Im Jahre 1925 wurden nämlich nur rund 1 1/2 Millionen Bienenstöcke ermittelt. Den Grad des Rückschlages kann man erst dann erkennen, wenn man den Bestand der Bienenstöcke mit dem im Jahre 1913 vergleicht, als die deutsche Bienenzucht mehr als 2,8 Millionen Bienenstöcke aufzuweisen hatte. In Kreisen der Bienenzüchter wird jetzt der Wunsch laut, daß eine amtliche Ermittlung die heute noch vorhandenen Bienenstöcke zahlenmäßig feststellen möge, damit einmal einwandfrei der Umfang des Rückschlages festgestellt werden kann und damit etwas geschieht, um der Katastrophe eines nicht unwesentlichen Zweiges der Landwirtschaft zu steuern. In Ostpreußen z. B. soll es weniger als die Hälfte der Bienen verhungert sein. Die Provinz stand ehemals mit 150 000 Bienenstöcken an der Spitze der preussischen Provinzen. Als Ursache der rückläufigen Bewegung in der Bienenzucht wird von Fachleuten die Bienenkrankheit angegeben, die daher kommt, daß die Imker infolge der Entwertung des Zuckers, mit dem die Bienen während des Winters früher gefüttert wurden, den Bienen ihren Honig in Säcken lassen, der ihnen als Winternahrungsmittel fast immerweils schädlich ist.

Die wirtschaftliche Ursache liegt natürlich in dem Rückgang des Verbrauches infolge der ständig sinkenden Kaufkraft, zu der die Politik der unentwegten Kürzung des Arbeitsvertrages und die heillosige Arbeitslosigkeit in Deutschland führte. Auch der Honigverbrauch spiegelt sich der Widerstand des kapitalistischen Systems; Bienen krepieren oder verhungern, statt Millionen anderer Menschen ein wertvolles Nahrungsmittel zu geben.

Devahaim prolongiert . . .

Am Sonnabend kam im Berliner Postorenprozeß, der Fall „Himmelsbach“ zur Sprache. Himmelsbach war Teilhaber und Geschäftsführer der Stephansbachgesellschaft. Diese Gesellschaft ist im Auftrage der Devahaim mehrere Baublöcke in Berlin-Lichterfelde errichtet. Zur Ueberbrückung der Zeit vom Auftrage bis zur Auszahlung der ersten Rate gab die Stephansbachgesellschaft Wechselblanketts an die Devahaim, die ihrerseits darauf Geld von ihren Banken beizogte. Himmelsbach tauchte aber zwei Riesenwechsel auf über 1 000 000 und über 300 000 Mark, die die Unterschrift Himmelsbachs als Ausgeber und ersten Giranten trugen. Die Bank später herausstellte, hatte Himmelsbach seine Unterschrift aber nur ohne eigene geschäftliche Notwendigkeit und auf ausdrückliche Veranlassung von Generaldirektor Zepfel gegeben. Zepfel hatte ihm erklärt, daß es sich bei der Unterschrift nur um eine „Formalsache“ handele, er brauche den Wechsel für die Ueberleitung eines Kredits.

Tatsächlich hat aber Himmelsbach, wie nunmehr feststeht, mit den gutgläubig gegebenen Unterschriften mit 550 000 Mark eine Garantie für eine zweite Hypothek übernommen. Von der „Ueberleitung eines Kredits“ konnte keine Rede sein. Die Devahaim hatte kein Geld mehr und hat aus diesen Gründen den Himmelsbachschen Wechsel in Umlauf gesetzt, ja sogar prolongieren lassen, ohne daß Himmelsbach überhaupt davon wußte. Später haben die Devahaimdirektoren Himmelsbachs Einverständnis zur Prolongierung regelrecht moralisch erpreßt, indem sie erklärten: „Wenn Sie jetzt nicht Ihre Unterschrift geben, sind Sie schuld am Zusammenbruch, und dann ist alles zu Ende!“ Unter diesem Druck war Himmelsbach mit der Prolongierung einverstanden. Als er aber von den Devahaimdirektoren 1700 Mark haben wollte, stellte sich heraus, daß das Unternehmen nicht einmal diese Summe flüssig machen konnte. Wenige Wochen später ließ man die Stephansbachgesellschaft zusammenbrechen.

Zobestuz auf der Brooklands-Bahn



Bei einem Rennen auf der Brooklands-Bahn in England verlor der Rennfahrer Leeson plötzlich die Gewalt über seinen Wagen und raste mit über 100-Stundenkilometer-Geschwindigkeit gegen eine Böschung. Der Fahrer konnte aus den Trümmern seines gänzlich zertrümmerten Wagens nur noch als Leiche geborgen werden.

Der Ziehmprozeß

Zodestraf beantragt!

Im Gubener Giftmordprozeß beantragte der Ankläger, Staatsanwaltschaftsaffessor Ebert, gegen die Angeklagten, Frau Ziehm und Frau Ladewig wegen Ermordung des Schülers Hans Georg Ziehm die Todesstrafe und gegen Frau Ziehm außerdem wegen Mordversuchs und wegen des Vergehens der Beileitung zum Meineid eine Zusatzstrafe von insgesamt sechs Jahren Zuchthaus. Der Staatsanwalt beantragte ferner, beiden Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte abzuspriechen. Als Staatsanwaltschaftsaffessor Ebert seine Anträge stellte, brachen die Zuhörer in laute Bravo-Rufe aus. Der Vorsitzende rief in großer Erregung das Publikum zur Ordnung und gab bekannt, daß jede weitere Äußerung von den Zuhörerbänken mit der Räumung des Saales beantwortet würde. Der Staatsanwalt kam in seinem Plaidoyer zu dem Fazit, daß die Prüfung der Indizien keinen Zweifel daran bestehen lasse, daß die Angeklagten die Mörderinnen des unglücklichen Kindes seien. Eine einzigartige Tat, die man schauerlich nennen müsse, verlange eine strenge und unerbittliche Sühne. Als der Staatsanwalt die Todesstrafe verlangte, brach Frau Ziehm in Tränen aus, während Frau Ladewig wenig erschüttert schien.

Wort an einer 60 jährigen

Die 60jährige Witwe des Regierungsassistenten Schoch in Cutin-Fissaubrud wurde gestern morgen unter der Kellerterrasse ihres Hauses ermordet aufgefunden. Der Toten waren Arme und Beine abgetrennt. Der 24jährige Sohn der Ermordeten, Ludwig, der als Geisteskranker bereits in der Anstalt Strednig bei Lubca war, wird der Tat verdächtigt.

Die vergessenen Skarets

Im Skarel-Prozeß begannen am Montag die Plaidoyers der Verteidiger. Als erster nahm Rechtsanwalt Dr. Kurzig für den angeklagten früheren kommunistischen Stadtrat Gabel das Wort. Zu Beginn der Verhandlung kam es zu einem Zwischenfall. Während sich das Gericht wie immer um neun Uhr verammelt hatte, erschienen die Angeklagten mit einer halbstündigen Verspätung. Willi Skarel führte zur Erklärung aus, daß man sie in ihrer Gewahrsamszelle vergessen habe. Er und Leo wären schon seit fünf Uhr auf und warteten seit sieben Uhr. „Wenn wir nicht schließlich geklingelt hätten, dann wären wir jetzt noch da.“ Der Vorsitzende erklärte, daß er für diesen Irrtum nicht verantwortlich sei. Das Gericht beschloß, die Skarets aus dem Gewahrsam zu entlassen, was die Brüder mit Worten des Dankes quittierten.

Schuljunge

verhindert ein Eisenbahnattentat

In der Eisenbahnstrecke zwischen den Gemeinden Rozlova und Doh, in der nördlichen Slowakei, besichtigten unbekannt Täter an das Geleise verschiedene eiserne Gegenstände, um eine Drahtseil, auf welcher drei Eisenbahnwagen, die die Auszahlung für die Arbeiter mitführten, zur Entgleisung zu bringen. Ein Schulknabe bemerkte noch rechtzeitig die Hindernisse und entfernte sie. Als die Täter, die sich in der Nähe der zum Überfall ausgelegten Stelle versteckt hielten, dies bemerkten, begannen sie auf den Schuljungen zu feuern, ohne ihn jedoch zu treffen. Die Gendarmen hat umfangreiche Nachforschungen nach den Tätern eingeleitet.

Blutige Dorfhochzeit

In der Gemeinde Tur-Botra im Karpathorussischen Bezirk Bercein fand am 2. Juni eine Dorfhochzeit statt. Der Hochzeitsgast Ivan Micik machte im Verlaufe des Abends seinem jüngeren Sohne wegen dessen Betrunkenheit Vorwürfe, worauf dieser durch den Streit müde geworden, sich gegen 21 Uhr nach Hause begab, wo er ein verstelltes Gewehr hervorholte und es mit fünf scharfen Schüssen lud. Hierauf kehrte er zum Hochzeitshaufe zurück und schoß von der Straße aus einige Kugeln durch das offene Fenster in das Zimmer, in welchem die Hochzeitsgesellschaft dem Tange huldigte.

Durch einen Schuß tötete Micik seinen Vater, durch einen zweiten verletzte er seine Mutter schwer; weiter erschloß er eine Nachbarin. Hierauf richtete er den Karabiner gegen sich und verletzte sich durch einen Brustschuß schwer. Der jugendliche Mörder und seine Mutter wurden in lebensgefährlichem Zustande ins städtische Krankenhaus nach Uhorod transportiert.

Schneestürme in Schweden

Langanhaltende Schneestürme haben dieser Tage ganz Nord-Schweden heimgesucht. Die Wirkungen des Unwetters sind katastrophal. Die ganze Provinz Norrbotten und der größte Teil der Provinz Västerbotten sind von dem übrigen Reiche völlig abgeschnitten. Die Städte Skelleftea und Umea sind ohne elektrisches Licht und ohne Kraft. Autobusse und Autos müssen aus den meterhohen Schneewehen herausgegeben werden. Das Unwetter hat auch schwere Ueberflutungen verursacht.

Polizei gegen Streifende

In Port de Bouc bei Marseille (Südfrankreich) kam es am Montag zu schweren Zusammenstößen zwischen Dodarbeitern und Gendarmen. Die Arbeiter waren vor einigen Tagen in den Streik getreten, weil sie mit einer Kürzung des Tagelohns um 2 Franken nicht einverstanden waren. Daraufhin hatten die Unternehmer nichtorganisierte Leute eingestellt, die unter dem Schutz von Gendarmen arbeiteten.

Es kam zu einem Handgemenge zwischen den Dodern und den Gendarmen; ein Dodarbeiter wurde durch einen Revolver-schuss schwer verletzt. Ebenso trugen mehrere Gendarmen erhebliche Verletzungen davon. Einer befindet sich in sehr ernstem Zustand im Krankenhaus. Sieben Verhaftungen wurden vorgenommen.

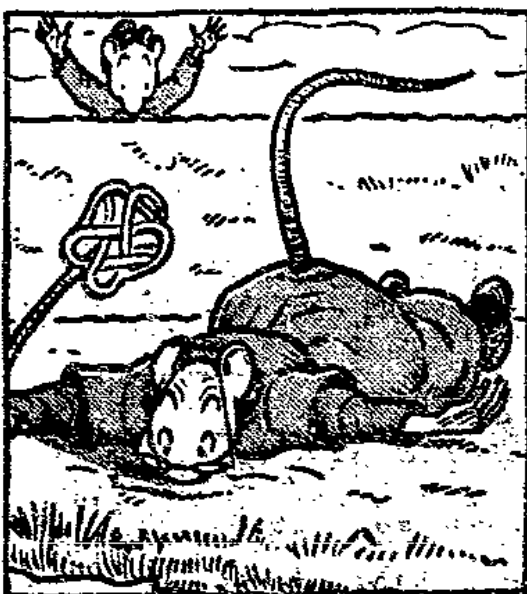
Chile — sozialistische Republik



In der südamerikanischen Republik Chile ist es zu einem Umsturz gekommen. An der Spitze der neuen Regierung steht der frühere chilenische Botschafter in Washington, Carlos Dávila, der ein ausgesprochen sozialistisches Programm verkündet hat: Abschaffung des Großgrundbesitzes, starke Besteuerung der Groß-einkommen, Staatsmonopole für viele Industrien sowie Befreiung des Kapitalismus zugunsten des Sozialismus.

Neue Abenteuer der Spikmaus und der Zitternase

Von G. Th. Kotman



19. In ihrer Bestürzung rannte die Zitternase nur so über die reine Wäsche, die auf der Bleiche lag, und vor lauter Mut stolperte die arme Frau Goldmaus über eine kleine Erdhöhle und fiel mit solcher Gewalt zu Boden, daß ihre Nase sich fast ganz in den Boden hineinsog.

20. Vor Schrecken war ihre Mut auf einmal verschwunden. Grollend über diese verdorbene Jugend und daß es in ihrer Zeit doch ganz anders gemein wäre, schürte Frau Goldmaus nach der Küche. Und nach vierzehn Tage lang konnte man sie mit einem Essigverband um die Nase spazieren gehen sehen.



Geschwägiges Schweigen

Papens Antisozialprogramm — Eine Kriegserklärung gegen das Volk

Hier wäre sie also schon, die „Schweigende Tat“, von der die Nazis dieser Tage großspurig im Preussischen Landtag als Beginn ihres Regiments gesprochen haben. Die Kriegserklärung der Papen-Regierung gegen die Arbeiterklasse — sie ist eine Tat der Unausrichtigkeit; denn sie schweigt sich heimtückisch gerade über all die Dinge aus, worüber die Volksmassen jetzt, wo ein neuer Reichstag gewählt werden soll, genau Bescheid wissen wollen. Den Hungernden und Darbenden gibt man keine Klarheit. Man bietet ihnen als Programm einen Darm voll Phrasen.

Als die Papen-Regierung gebildet wurde, hieß es in der Presse der Schlot- und Krankebarone, jetzt werde mit den Notverordnungen Schluss gemacht. Kaum ist aber die neue Regierung da, da erklärt sie, sie sei gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen durchzuführen. Das eine neue Notverordnung kommt, braucht die Papen-Regierung dem Volk erst nicht besonders zu sagen. Das Volk will wissen, was in der Papen-Notverordnung steht. Was darin stehen soll, das haben die Hintermänner der Regierung der Hitler-Barone doch längst ausgeheckt. Warum rückt man nicht mit der Sprache heraus?

Da sind die Arbeitslosen

Sie möchten wissen, was aus dem Arbeitslosenschuh wird. Da nicht einmal Herr Goerdiner den Kosten des Reichs- arbeitsministeriums im neuen Kabinett übernehmen wollte, darf man annehmen, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht nur amorganisiert, sondern gründlich abgebaut wird. Das neue Mittel der Nazi-Barone besteht nicht im Arbeitslosenschuh, sondern im Arbeitsdienst, im freiwilligen wie im unfreiwilligen. Damit soll die Arbeitslosenfrage gelöst werden. Was aber soll mit dem freiwilligen Arbeitsdienst geschehen? Des Stiefelprogramms der Regierung Brüning soll doch nicht mehr beachtet werden. Die Juncker wollen den franten Großgrundbesitz nicht zur Siedlung bereitstellen, sondern ihn auch weiterhin mit allgemeinen Mitteln zum Schaden der Allgemeinheit über Wasser halten. Ohne Siedlungsprogramm hängt aber der ganze freiwillige Arbeitsdienst in der Luft. Mit dem Dienst sollten doch volkswirtschaftliche Werte geschaffen werden. Was sollen denn die Freiwilligen, wenn nicht geschaffen wird, eigentlich schaffen? Sollen die SA-Leute, die man in den freiwilligen Arbeitsdienst überführen will, nur exerzieren? Exerzieren schafft keine volkswirtschaftlichen Werte.

Da sind die Invalidenrentner

Sie möchten gerne wissen, was aus der Invalidenversicherung wird. Wie steht es mit der Stellungsannahme der Papen-Regierung zur Sozialversicherung überhaupt? Im Papen-Programm ist die Rede davon, daß die Sozialversicherung vor dem Bankrott stehe. Das Volk braucht keine neue Regierung, damit man ihm von den Finanzministerien der Sozialversicherung erzählt. Daß diese Sozialleistungen bestehen, weiß längst alle Welt, und auch, warum sie bestehen. Wie die Sozialversicherung saniert werden soll, darüber wollen die Rentner Bescheid wissen. Aber darüber schweigt sich das Papen-Programm in allen Tonarten aus, und dieses Schweigen muß ruhig machen. Will man die Sozialversicherung gänzlich abjanden lassen?

Die dümmste Phrase im Papen-Programm ist die vom Wohlfahrtsstaat

Die Nachkriegsregierungen, so heißt es in dem Programm, hätten den Staat zu einer „Wohlfahrtsanstalt“ zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Nun plappert die Papen-Regierung also auch noch wie ein Papagei den Hornessern und ähnlichen Toren ihren Blödsinn nach. Als vor Jahren der Sturm auf die Arbeitslosenversicherung einsetzte, lächelte die Unternehmerpresse landauf landab auf die launen Arbeitslosen. Heute nach drei Jahren steigender Arbeitslosigkeit rühmt man überall den erstaunlichen Arbeitseifer, den die Arbeitslosen offenbaren, sobald man ihnen nur ein bißchen Möglichkeit dazu gibt. Überall an der Peripherie der Großstädte wird gezimmert, geackert und gepflanzt. Die Arbeitslosen versuchen sich mit einer Wohnlaube und einem Stückchen Garten eine Stube und eine Erntezug zu schaffen.

Herr Papen war im übrigen doch früher auch einmal in Amerika. Seine „Glanzleistungen“ als Attaché während des Krieges sind ja zur Genüge bekannt. Man darf wohl annehmen, daß er auch jetzt noch ab und zu eine amerikanische Zeitung liest und eine Ahnung hat von dem juchharen Arbeitslosentum, das drüben herrscht. Drüben wäre man heute überglücklich, wenn man in einer „Wohlfahrtsanstalt“ leben könnte. Man wäre froh, wenn man eine Arbeitslosenversicherung hätte, und wenn eine Sozialversicherung zum Schutz der Kranken, der Invaliden und der Alten da wäre. Die vielgerühmte Selbsthilfe — drüben hat sie in der Zeit der Not kläglich versagt. Eins ist klar, daß die Massenarbeitslosigkeit heute mit grauen Früchten an die Tore Amerikas schlägt und im Begriff ist, zum Motor einer kollektiven radikalen Sozialpolitik zu werden, die Amerika bisher nicht kannte.“ So schrieb am 15. März „Der Arbeiter“, die Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände, und da kommt eine Papen-Regierung von neuem mit dem häßlichen Gesagte über den „Wohlfahrtsstaat“. Senken die Hitler-Barone mit Schenklappen in der Welt herum?

Den Hitlerbaronen, das heißt, den armen Teufeln, die sich nach Hitler'schen und Schenklappen der Barone haben lassen, könnte das Antisozialprogramm der Papen-Regierung endlich die Augen öffnen. Auch hat die Wahlen nicht vorüber; die Papen-Regierung müßt sich heiser, wenn sie ihre Karten aufspielt. Warum schon ihr bisheriges Antisozialprogramm ist eine ferne Beförderung.

Die Heilsarmee und ihre „Wohlfahrtsbeschäftigten“

Die Heilsarmee, welche angeblich werktätige Kasernenleute über beschäftigt in ihren Wohlfahrtsanstalten gegen Verpflegung und Taschengeld Männer und Frauen beim Holzschleifen, Postverleihen und was dergleichen Tätigkeit mehr sind. Da die Heilsarmee sehr gut mit jedem Pfennig zu rechnen versteht und ihr Interesse, wie jedem wirklich gewinnenden Unternehmer die Sozialversicherung ein Wert des Geldes ist, geschaffen zur Verbesserung irrender Seelen, glaubt sie sich berechtigt, keine Beiträge zur Krankenversicherung für so beschäftigte Personen zahlen zu müssen. Nun hat das Reichsversicherungsamt in einer Entscheidung vom 29. Januar 1932 unter Nr. 2. S. 1111 festgelegt, daß auch eine derartig ausgeübte Tätigkeit gegen Entgelt ausgeführt werden und deshalb an sich versicherungspflichtig sei.

Es könne daher keine Rede davon sein, daß die Arbeitslosigkeit trotz dieser Beschäftigung weiter bestehe. Das ergäbe sich auch aus § 174, Nr. 2 RVO, der davon ausgeht, daß Personen, die bei Arbeitslosigkeit in Arbeiterkolonien oder ähnlichen Wohltätigkeitsanstalten vorübergehend beschäftigt werden, versicherungspflichtig sind, von dieser Versicherungspflicht aber auf Antrag des Arbeitgebers befreit werden können. Da wird die gültige Heilsarmee wohl schnell von diesem Rechte Gebrauch machen.

Was ist Pflegegeld?

Viele 100prozentige Unfallrentner sind über den Grad ihrer Arbeitsunfähigkeit hinaus noch außerstande die Verrichtungen des täglichen Lebens vorzunehmen. Im Sinne der Reichsversicherungsordnung sind die daher als pflegebedürftig zu bezeichnen, da sie ohne fremde Pflege und Wartung nicht leben können. Unter fremder Pflege und Wartung ist auch Pflege durch Familienangehörige zu verstehen. In einem solchen Falle muß außer der Vollrente noch ein Pflegegeld gewährt werden, welches je nach der Schwere der Pflegebedürftigkeit in einem monatlichen Zuschusse von 20 bis 75 Mark bestehen kann. Dieses Pflegegeld ist eine

Lohnförfzungsforderungen

der Arbeitgeber in der Schuhindustrie — „Nur“ 10,5 Pf. weniger Stundenlohn

Die Arbeitgeber der Schuhindustrie, die zum 30. Juni den Lohnvertrag gekündigt haben, verlangen mit Wirkung ab 1. Juli eine Herabsetzung des Tariflohns um 10,5 Pfennig pro Stunde, von 76,5 auf 66 Pfennig gleich 13,7 Prozent. Wenn man berücksichtigt, daß durch die V. Notverordnung die Löhne in der Schuhindustrie ab 1. Januar 1932 bereits um 15 Prozent gesenkt wurden und daß in der Zwischenzeit in den einzelnen Betrieben, manchmal unter Anwendung der verwerflichsten Mittel und unter Umgehung der reichsrechtlichen Bestimmungen, weitere ganz wesentliche Lohnherabsetzungen erprecht wurden, so kann das neue Verlangen der Fabrikanten nur als Unerschlichkeit bezeichnet werden. Nicht genug, daß der überaus große Teil der noch in der Schuhindustrie Beschäftigten nach jahrelanger Kurzarbeit bis herunter auf 8 Stunden pro Woche, sich in bitterster Not befindet, soll der Lohn noch weiter geschmälert werden.

Die Erbitterung unter der Schuharbeiterschaft über das Vorgehen der Unternehmer ist auf das Höchste gestiegen. Wenn die Unternehmer glauben, die jetzige wirtschaftliche und politische Situation, dazu benutzen zu können, die Arbeiterschaft mit Hungerlöhnen abzufertigen, so werden sie einsehen müssen, daß die Schuharbeiterschaft auch unter den schlimmsten Verhält-

Eiserne Front

Heut' abend im Zirkus Busch

Niemand darf fehlen!

Leistung aus der Krankenpflege der Berufsgenossenschaften darf weder bei Steuerveranlagungen noch bei Rententürzungen durch Doppelrentenbezug in Anschlag gebracht werden. Auch bei der Kürzung von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung der Betrag des Pflegegeldes in Abzug zu bringen. Unfallverletzte wissen sehr oft nicht, daß sie Anrecht auf Pflegegeld haben. Sie müssen daher zutreffenden Falles einen Antrag auf Bewilligung des Pflegegeldes stellen.

Achtung! Graphische Sammelarbeit!

Alle Kollegen erscheinen heute abend reiflos in der Kurze Versammlung. Die Zeitung.

Die amtliche Konkursstatistik weist für den Monat März 799 Konkurse auf. Die Zahl der Konkurse betrug im März April 629. Demnach hat sich die Konkurszelle stark abgeflacht. Die Zahl der Vergleichsverfahren verringerte sich von 712 im April auf 627 im Mai.

nissen sich zu wehren versteht. Vom Zentralverband der Schuhmacher sind die hierzu notwendigen Maßnahmen bereits getroffen.

Stillelegungen in Ost-Obereschleien

In der modernsten Zinkhüttenanlage Ostobereschleien, die dem Glöckner-Konzern gehörigen Uthemann-Hütte in Kolzig-Schoppitz werden von den drei Hütten in diesem Monat ihren Betrieb einstellen.

Die Kattowitzer AG. hat um die Genehmigung zur Entlassung von 1000 Bergarbeitern auf der Myslowitz-Grube nachgesucht, da der Betrieb in dem bisher 2000 Arbeiter beschäftigten, ab 2. Juli teilweise stillgelegt werden soll.

Entlassungen statt Stilllegung der Biast-Schächte

Die Fürstlich-Bischöfliche Bergwerksdirektion hat bekanntlich die Stilllegung der Biast-Schächte beantragt. Der Demobilisationskommissar hat gegen diesen Antrag Stellung genommen, aber die Entlassung von 300 Arbeitern dieser Bergwerksanlage freigegeben. Weitere 145 Mann der Belegschaft sollen von anderen Fürstlich-Bischöflichen Gruben übernommen werden.

Reichsfinanzen 1931/32

Keine Förfüllung — aber Schuldendeckung

Der Zufall hat es mit sich gebracht, daß die Regierung Brüning mit ihrem Rücktritt eine Gesamtübersicht über die finanzielle Entwicklung im Rechnungsjahr 1931/32 (von Anfang April 1931 bis Ende März 1932) vorlegen kann. Die Übersicht ist gewissermaßen ein Rechenschaftsbericht. Die Regierung Brüning kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Finanzwirtschaft des Reiches vor dem Verfall in ein uferloses Defizit bewahrt hat. Mit Sorgen und Bangen fragt man sich, ob die kommende Regierung, eine Regierung der Schlotbarone und der Juncker, eine Regierung, die tausend Wechsel von Verprechungen, einsehen soll und an die Interessentenhaufen schon jetzt die ungeheuerlichsten Anforderungen stellen, mit den Reichsfinanzen ebenso sorgfältig und häuslicherisch verfahren wird wie das Kabinett Brüning.

Die neue Regierung kann sich nicht darauf berufen, daß sie eine überschuldete finanzielle Erbschaft angetreten hätte. Es muß schon heute mit aller Klarheit festgestellt werden, daß alles, was auf dem Gebiet der Reichsfinanzen sich in Zukunft ereignen kann, unter die ausschließliche Verantwortung der neuen Regierung fällt.

Auch für das nächste Rechnungsjahr mußte bisher die Lage der Reichsfinanzen nach menschlichem Ermessen als gesichert gelten. Denn erst dem Reichshaushalt 1932 sollten die großen Mehreinnahmen und Einsparnisse infolge der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 in vollem Umfang zugute kommen. Es wäre daher durchaus möglich gewesen, den Reichshaushalt 1932 ohne neue Einnahmen und Steuern ins Gleichgewicht zu bringen. Wenn auch auf diesem Gebiet die neue Regierung versagen sollte, so wird sie sich ganz allein dafür die Schuld zuschreiben müssen.

Gewiß bleibt die Sanierung der Gemeindefinanzen nach wie vor das Kernproblem der deutschen Finanzpolitik, und die Sozialdemokratie hat seit Jahr und Tag immer wieder Wege zur Lösung dieses Problems gewiesen. Unter dem Druck dieser sozialdemokratischen Forderungen wollte endlich auch die Regierung Brüning in einer neuen Notverordnung die Sanierung der Gemeinden durchführen. Daß sie das aber tun wollte, ohne das System der Sozialversicherung zu zerbrechen, ohne insbesondere die Arbeitslosenversicherung aufzuheben, das war mit einer Urkunde für ihre Sturz durch die Kräfte der Rechten. An der Art und Weise, wie die neuen Männer dieses Problem lösen oder nicht lösen werden, wird die soziale Reaktion in aller nächster Zeit ihr wahres Gesicht entzählen können.

Die Übersicht ergibt für Ende März 1932 ein Gesamtdesizit von 1000 Millionen Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Kabinett Dr. Brüning bei Eintritt in das Rechnungsjahr 1931/32 ein Defizit von 1190 Millionen Mark übernahmen mußte. Kein Wunder, daß das Defizit während des letzten Rechnungsjahres um 500 Millionen gemindert und ein Reibetrag von 440 Millionen entstanden. Aber zu diesem Reibetrag ist es nur gekommen, weil trotz aller unerschütterlicher finanzieller Beschlüsse die vorgesehene gezielte Tilgung der kurzfristigen Schulden mit 420 Millionen plan-

mäßig durchgeführt worden ist. Hätte man auf die Schuldentilgung verzichtet, so wäre damit auch der allergrößte Teil des Reibetrages überhaupt nicht in Erscheinung getreten. Infolgedessen ist auch der Stand der kurzfristigen Reichsschuldung des Reiches nahezu unverändert von einer neuen Förfüllung der Reichsfinanzen durch den neuen Reibetrag kann keine Rede sein. Im Gegenteil hatte die Kassenlage des Reiches sich in den letzten Monaten fühlbar erleichtert.

Im ardentischen Haushalt beträgt das buchmäßige Defizit für das Rechnungsjahr 1931/32 449,1 Millionen Mark. Es entstand dadurch, daß sich die Einnahmen um 115,7 Millionen Mark kentten, während die Ausgaben um 333,4 Millionen Mark zunahmen.

Die Mindereinnahmen entstanden mit 382 Millionen Mark bei Steuern und Zöllen, eine Folge der Wirtschaftskrisis und der schrumpfenden Einnahmen. Weiter hat die Reichsschuld von 25 Millionen Mark nicht abgeliefert, sondern mußte die Geld zur Sanierung der privaten Großbanken verwenden. Die Reich hat 11,7 Millionen Mark weniger abgeliefert. Außerdem entstanden Mindereinnahmen in Höhe von 134,1 Millionen Mark dadurch, daß das Reich Reichsbahnvorschüssen mit Rücksticht auf den niedrigen Kursstand nicht verkauft hat. Die Werte sind auf dem Reich erhalten geblieben. Diesen Mindereinnahmen steht Mehrereinnahmen von 437,1 Millionen gegenüber, was 416,9 Millionen auf die Einnahmen aus der Münzprägung entfallen.

Die Mehrausgaben von 343,4 Millionen Millionen Mark liegen sich u. a. aus den vom Reich übernommenen Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung im Steintohlenbergbau im Betrag von 15,5 Millionen Mark, aus Aufwendungen für die landwirtschaftliche und die Stadtrandbedeckung von 42 Millionen und der Verbilligung von Fleisch und Kohle für die ärmeren Bevölkerung von 26 Millionen Mark zusammen. Die vermehrte Münzprägung kostete 57,4 Millionen Mark. Die großagratischen Subventionen im Rahmen der Wirtschaftshilfe verminderten 33,8 Millionen Mark. Die Beteiligung an privaten Banken im Rahmen der Bankenfinanzierung — handelt sich hier um die Dresdner Bank, die Hypo- und Garantiefonds und die Schröder-Bank in Bremen — belasteten das Reich mit 113,7 Millionen Mark. Die Subventionen für die landwirtschaftlichen Genossenschaften stellen sich auf 74,6 Millionen Mark, die Subventionen an den Mittelstand, sogenannte Nationalisierung des gewerblichen Genossenschaftswesens, auf 20 Millionen Mark erhöht. Man sieht es handelt sich bei den Mehrausgaben in der Hauptsache um Subventionen und Subventionen an die private Wirtschaft. Die Kassen- und Wirtschaftshilfe mit 26 Millionen Mark nimmt sich dagegen recht fleißig aus und mit Ingeheim denkt man daran, mit welcher sozialen Unverständnis und welcher sozialer Unfähigkeit die Regierung Brüning im vergangenen Winter die sozialdemokratischen Forderungen abgelehnt und sabotiert hat, den Arbeitslosen Löhne, Kohlen, Kartoffeln und Schweinefleisch zur Verfügung zu stellen.